



Anhang zum Jahresabschluss

31. Dezember 2016



Inhaltsverzeichnis

I	ALLGEMEINE HINWEISE.....	3
II	BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN	5
A.	GLIEDERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES.....	5
B.	ALLGEMEINE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN.....	5
C.	BESONDERE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN	8
AKTIVA	8
1	Anlagevermögen	8
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	8
1.2	Sachanlagen	9
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	9
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	9
1.2.3	Infrastrukturvermögen	10
1.2.4	Bauten auf fremden Grund und Boden	12
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler.....	12
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge.....	13
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung.....	14
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	14
1.3	Finanzanlagen	15
2	Umlaufvermögen.....	17
2.1	Vorräte	17
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens.....	19
2.4	Liquide Mittel.....	19
3	Aktive Rechnungsabgrenzung (ARAP).....	20
4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	20
PASSIVA	21
1	Eigenkapital	21
2	Sonderposten	22
3	Rückstellungen	24
4	Verbindlichkeiten.....	26
5	Passive Rechnungsabgrenzung (PRAP).....	27
ERGEBNISRECHNUNG	28
1.	Erträge	28
2.	Aufwendungen	29
3.	Jahresergebnis	30
III	ERGÄNZENDE HINWEISE	33
A.	NOCH NICHT ERHOBENE BEITRÄGE AUS FERTIG GESTELLTEN ERSCHLIEßUNGSMAßNAHMEN	33
B.	DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE	33
C.	UMRECHNUNG VON FREMDWÄHRUNGEN.....	33
D.	KOSTENUNTERDECKUNGEN IM GEBÜHRENHAUSHALT	33
E.	HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND BÜRGSCHAFTEN	33
F.	VERPFLICHTUNGEN AUS KREDITÄHNLICHEN GESCHÄFTEN	34
ANLAGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS NACH § 51 ABS. 3 GEMHVO-DOPPIK	35
• ANLAGENSPIEGEL		37
• FORDERUNGSSPIEGEL		41
• VERBINDLICHKEITENSPIEGEL		45
• AUFSTELLUNG DER ÜBERTRAGENEN HAUSHALTSERMÄCHTIGUNGEN		49
• ÜBERSICHT ÜBER SONDERVERMÖGEN, GESELLSCHAFTEN UND GEMEINSAME KOMMUNALUNTERNEHMEN		53
WEITERE ANLAGE ZUM ANHANG: ÜBERSICHT ÜBER DIE BÜRGSCHAFTEN	57



I Allgemeine Hinweise

Die Hansestadt Lübeck hat zum 31. Dezember 2016 diesen Jahresabschluss nach § 95 m der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) aufgestellt.

Der Anhang ist nach § 44 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) neben der Bilanz, der Finanzrechnung, der Ergebnisrechnung und den Teilrechnungen ein Teil des doppelischen Jahresabschlusses. Die Mindestinhalte des Anhangs sind unter anderem nach § 51 GemHVO-Doppik geregelt.

Der Jahresabschluss mit dem Lagebericht war bis zum 31.03.2017 vorzulegen. Die im Vergleich zu den Vorjahresabschlüssen inzwischen sehr weit abgebaute Verspätung resultiert weiterhin aus dem Umstieg auf die Doppik, die einen Systemwechsel nicht nur im Rechnungswesen sondern in nahezu allen Verwaltungsbereichen zur Folge hatte. Zu diesen allgemein anerkannten Verspätungen werden per Erlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration (Kommunalaufsicht) verlängerte Fristen vorgegeben, die mit der Vorlage dieses Jahresabschlusses eingehalten werden. Sollten diese nicht eingehalten werden, ist die verspätete Bearbeitung des jeweils aktuellen Antrages auf Genehmigung der Haushaltssatzung zu befürchten.

Die Prüfung des Vorjahresabschlusses 2015 durch das RPA ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht begonnen worden. Derzeit wird der Jahresabschluss 2013 geprüft. Ein Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluss 2012 liegt vor. Durchaus berechnete Hinweise des Rechnungsprüfungsamtes können analog erst im jeweils zeitlich nächst erreichbaren Jahresabschluss Berücksichtigung finden. Der Jahresabschluss 2010 und die Ergebnisverwendung wurden bereits in der Bürgerschaft beschlossen. Um zukünftig Jahresabschlüsse fristgerecht zu erstellen, müssen zur Einhaltung der genannten Fristen unter Zeitdruck Folgeabschlüsse erstellt werden, ohne dass die Werte der Vorjahresabschlüsse mit der jeweiligen Ergebnisverwendung beschlossen wurden. Zwangsläufig ist so zu verfahren als ob solche Beschlüsse zu den vorgelegten Jahresabschlüssen gefasst wurden. Näheres wird zu den betroffenen Bilanzposten erläutert.

Im Anhang sind die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Posten der Bilanz anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte die Richtigkeit, Vollständigkeit und Angemessenheit beurteilen können. Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben. Ferner sind die im Verbindlichkeitspiegel auszuweisenden Haftungsverhältnisse sowie alle Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen für die Hansestadt Lübeck ergeben können und weitere konkret vorgegebene Sachverhalte im Sinne der Regelungen nach § 51 Abs. 2 GemHVO-Doppik anzugeben und zu erläutern. Weiterhin sind dem Anhang nach § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik ein Anlagen-, ein Forderungs- und ein Verbindlichkeitspiegel sowie eine Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen und eine Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände, Gesellschaften, Kommunalunternehmen, andere Anstalten sowie Wasser- und Bodenverbände beizufügen.

Nach § 56 Abs. 3 GemHVO-Doppik können Korrekturen an der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 in den fünf folgenden Jahresabschlüssen ergebnisneutral vorgenommen werden.

Entsprechend der aktuellen Rechtslage wurde im Jahresabschluss 2014 letztmalig von der Möglichkeit dieser ergebnisneutralen Eröffnungsbilanzkorrekturen nach § 56 GemHVO-Doppik Gebrauch gemacht. In dem nun vorliegenden Jahresabschluss 2016 werden die Wirkungen von umgesetzten Korrekturen an der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 in der Ergebnisrechnung als außerordentliche Aufwendungen oder Erträge berücksichtigt und dort sowie beim korrespondierenden Bilanzposten erläutert.

Unabhängig von der Ergebniswirkung werden weiterhin als erforderlich erkannte Korrekturen an der Eröffnungsbilanz unverzüglich umgesetzt.



Sofern Korrekturen an der Eröffnungsbilanz vorgenommen wurden, wurden sie derart vorgenommen, dass zum Stichtag des Jahresabschlusses die Werte bilanziert werden, die bei korrekter Erfassung in der Eröffnungsbilanz und Fortführung im Wirtschaftsjahr anzusetzen sind. Neben den zu bilanzierenden Werten wurden auch die Abschreibungen oder die Minderung von Sonderposten, die in Vorjahren hätten angesetzt werden müssen, im Nachhinein berücksichtigt. Bei der nachträglichen Bewertung ursprünglich nicht erfasster Werte wurden grundsätzlich dieselben Bewertungskriterien angewendet, wie sie zur Eröffnungsbilanz verwendet worden wären und die in den städtischen Vorgaben wie z. B. dem Betriebswirtschaftlichen Fachkonzept vorgegeben sind.

Nicht alle inzwischen bekannt gewordenen Eröffnungsbilanzkorrekturen konnten in diesem Jahresabschluss umgesetzt werden, damit der Zeitplan für die Vorlage dieses Jahresabschlusses eingehalten werden konnte.

Aus Rechtsänderungen können inhaltliche Änderungen an Posten der Bilanz, Ergebnis- oder Finanzrechnung resultieren. Wesentliche Abweichungen sind dann bei den betroffenen Bilanzposten oder den Posten der Ergebnisrechnung gesondert erläutert. So wurde auf Nachfrage von der Kommunalaufsicht klargestellt, dass für erhaltene Zuwendungen zum Erwerb von nicht abzuschreibenden Kunstgegenständen keine Sonderposten sondern stattdessen Sonderrücklagen bilanziert werden müssen. Dies wurde im Abschluss 2016 nun erstmals so umgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr verbessert sich das Eigenkapital damit um ca. 24,9 Mio. €.

Für die äußere Gestaltung des Anhangs, seinen Aufbau und Umfang bestehen keine besonderen Formvorgaben.

Im Anschluss an die allgemeinen Hinweise sowie der Gliederung der Bilanz und der allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden folgt die Erläuterung der Posten der Bilanz mithilfe der nach § 48 GemHVO-Doppik vorgegebenen Bilanzgliederung und der Ergebnisrechnung nach § 45 GemHVO-Doppik. Die nach § 51 Abs. 2 und 3 GemHVO-Doppik notwendigen Angaben werden dargestellt, soweit sie nicht bereits erläutert wurden.



II Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

A. Gliederung des Jahresabschlusses

Das Bilanzgliederungsschema nach § 48 Abs. 1 und 2 GemHVO-Doppik wurde grundsätzlich übernommen. Abweichend von den Vorgaben wurde im Eigenkapital der zusätzliche Gliederungspunkt „1.6 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen. Ohne diesen zusätzlichen Ausweis würde das Eigenkapital nicht vollständig ausgewiesen werden. Entsprechend § 50 Abs. 3 GemHVO-Doppik wurde der Betrag korrespondierend auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen. Nach § 48 Abs. 4 GemHVO-Doppik ist die Erweiterung der Bilanzgliederung zulässig und im Anhang anzugeben.

Entsprechend § 45 Abs. 1 GemHVO-Doppik wurde die Gliederung der Ergebnisplanung nach § 2 GemHVO-Doppik für die Gliederung der Ergebnisrechnung verwendet.

Die Gliederung der Finanzrechnung entspricht den Regelungen nach § 45 Abs. 1 GemHVO-Doppik i.V.m. § 3 GemHVO-Doppik in der aktuellen Fassung.

Posten der Bilanz, der Ergebnis- oder der Finanzrechnung, die keinen Betrag enthalten, werden nach § 48 Abs. 3 Satz 2 GemHVO-Doppik nicht ausgewiesen.

Wenn keine Maßeinheiten ausdrücklich angegeben wurden, ist im Folgenden regelmäßig von Beträgen in Euro (€) auszugehen.

B. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Ansatz- und Bewertungsvorschriften wurden grundsätzlich analog zum Vor-Jahresabschluss umgesetzt. Dem entsprechend wurden auch bei der Erfassung und Bewertung von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten für den Jahresabschluss zum 31.12.2016 nach § 55 Abs. 4 GemHVO-Doppik die Werte des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 als Grundlage genommen und fortgeführt. Die Werte des Jahresabschlusses werden als Vorjahreswerte ausgewiesen. Falls in Ausnahmen Abweichungen umgesetzt wurden, sind diese den Erläuterungen zum jeweiligen Bilanzposten zu entnehmen.

Soweit Korrekturen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 erforderlich waren, wurden grundsätzlich dieselben Bewertungsmaßstäbe angesetzt, wie sie zur Eröffnungsbilanz verwendet worden wären. Dies betrifft insbesondere auch die Erleichterungen für die Erstellung der Eröffnungsbilanz nach § 55 GemHVO-Doppik.

Dem Grundsatz der Vollständigkeit entsprechend wurden in der Bilanz grundsätzlich sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden im wirtschaftlichen Eigentum der Hansestadt Lübeck wertmäßig erfasst. Ausnahmen werden im Einzelnen dargestellt.

Von einer körperlichen Gesamt-Inventur zum Jahresende 2016 wurde abgesehen. Den Kommentierungen zu dieser Verordnung ist einheitlich zu entnehmen, dass eine körperliche Bestandsaufnahme mindestens alle drei Jahre durchzuführen ist. Eine vollständige körperliche Bestandsaufnahme im Rahmen einer Folgeinventur wurde seit der Erstellung der Eröffnungsbilanz bisher nicht abgeschlossen. Allerdings wurde eine Bestandsaufnahme im Oktober 2014 begonnen. Ergebnisse der körperlichen Inventur wurden berücksichtigt, soweit sie für den Jahresabschluss 2016 relevant waren und die hierzu erforderlichen Arbeiten im jeweiligen Verwaltungsbereich rechtzeitig fertig gestellt wurden. Von der Verfahrensweise der bisherigen Bewertung der Vermögensgegenstände der Hansestadt Lübeck nach § 43 GemHVO-Doppik wurde nicht abgewichen. Danach sind Vermögenswerte und Schulden mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen zu bilanzieren.

Nach § 55 Abs. 5 GemHVO-Doppik konnten die im früheren Rechnungswesen ermittelten Wertansätze für Vermögensgegenstände übernommen werden. Ebenso konnten gem. § 43 Abs. 4 GemHVO-Doppik bei Vermögensgegenständen, für die bereits im bisherigen Rechnungswesen der Hansestadt Abschreibungen angesetzt worden sind, die Abschreibungen mit unveränderten



Abschreibungssätzen fortgeführt werden. Ein Beispiel sind bestehende und vom Finanzamt anerkannte Vermögensverzeichnisse für Betriebe gewerblicher Art (z. B. BgA Hafen, Märkte und Stadtwald), die überwiegend übernommen wurden. Aus dieser Übernahme können im Ausnahmefall z. B. Unstetigkeiten dadurch entstehen, dass gleichartige Güter, die kurz vor und nach der Umstellung auf die Doppik beschafft wurden, zulässigerweise zu unterschiedlichen handelsrechtlichen oder kommunalrechtlichen Kriterien bewertet und abgeschrieben werden.

Bei Betrieben gewerblicher Art (BgA) handelt es sich um eine steuerrechtliche Fiktion zur Erfüllung steuerrechtlicher Anforderungen. Eine eigenständige Betrachtung im Rahmen der Aufstellung der Eröffnungsbilanz oder des Jahresabschlusses erfolgte nicht, da diese mit ihren Vermögensgegenständen und Schulden entweder Teil des Kernbilanzierungskreises oder Teil einer Tochterorganisation sind.

Die nach § 39 GemHVO-Doppik vorgegebenen allgemeinen Bewertungsgrundsätze wurden eingehalten.

Daraus ergibt sich auch, dass Vermögensgegenstände eher zu niedrig als zu hoch zu bewerten sind. Nicht realisierte Gewinne zum Stichtag dürfen nicht, aber vorhersehbare Risiken und Verluste müssen berücksichtigt werden (Imparitätsprinzip).

Bei abnutzbaren Vermögensgegenständen wurde der auf den abgelaufenen Nutzungszeitraum entfallende Wertverlust bei Berücksichtigung der Gesamtnutzungsdauer abgezogen.

Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer von abnutzbaren Vermögensgegenständen ist gemäß § 43 Abs. 4 GemHVO-Doppik die von der Kommunalaufsicht bekannt gegebene Abschreibungstabelle zu Grunde gelegt worden. Weiterhin durften mit der Umstellung auf die Doppik Vermögenswerte, zu denen Abschreibungen bereits im vorhergehenden Rechnungswesen angesetzt worden sind, unverändert fortgeführt werden. Bisherige Werte und Nutzungsdauern wurden danach fortgeführt. Für den Fall der Nachaktivierung wurden Nutzungsdauern ggf. angepasst. Außerplanmäßige Abschreibungen im Sinne des § 43 Abs. 6 GemHVO-Doppik sind bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung von Vermögensgegenständen zur Eröffnungsbilanz vorgenommen worden, sofern diesem Umstand nicht durch Bildung einer Rückstellung begegnet werden konnte.

Nach § 41 Abs. 3 GemHVO-Doppik gelten auch Erhaltungsmaßnahmen z. B. von Gebäuden als investiv, wenn hierfür Zuschüsse, Zuweisungen oder zinsgünstige Darlehen von Körperschaften oder Förderbanken gezahlt wurden. In solchen Fällen wird nicht von einer Verlängerung der Restnutzungsdauer ausgegangen. Im Jahr der Nachaktivierung wird diese Werterhöhung voll im Rahmen der ordentlichen Aufwendungen abgeschrieben.

Ist ein Vermögensgegenstand, der weiterhin genutzt wird, vollständig abgeschrieben, wurde er mit einem Erinnerungswert im Inventar und in der Bilanz dargestellt. Dieser Erinnerungswert beträgt für die Hansestadt Lübeck grundsätzlich 1,00 €. Abweichende Werte in Vermögensverzeichnissen, die bereits vom Finanzamt anerkannt sind oder auf Abstimmungen mit dem Finanzamt basieren, wurden unverändert fortgeführt.

Der Erinnerungswert von 1,00 € wurde zur Eröffnungsbilanz auch dann für einen Vermögensgegenstand angesetzt, wenn die Anschaffungs- und Herstellungskosten unbekannt waren und der Wiederbeschaffungszeitwert nur mit nicht vertretbarem Aufwand hätte ermittelt werden können.

Die in der Eröffnungsbilanz für die einzelnen Vermögensgegenstände ermittelten Werte gelten für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- oder Herstellungskosten und stellen somit die wertmäßige Obergrenze dar.

In die Bilanz wurden nur Vermögensgegenstände aufgenommen, bei denen die Hansestadt Lübeck das wirtschaftliche Eigentum hat. Wirtschaftliches Eigentum wurde dann angenommen, wenn der Hansestadt Lübeck dauerhaft für die wirtschaftliche Nutzungsdauer Besitz, Gefahr, Nutzungen und



Lasten zustehen und wenn sie über das Verwertungsrecht verfügt und somit die tatsächliche Verfügungsgewalt ausübt.

Im Eigentum der Hansestadt Lübeck befindliche Grundstücke, die treuhänderisch verwaltet werden, wurden bilanziert. Soweit Erschließungsträger im Auftrage der Hansestadt städtische Grundstücke entwickelt haben, werden die „Entwicklungen“ bzw. Aufbauten entsprechend der Abrechnungen der Erschließungsträger vollständig dargestellt. Die Abrechnungen der Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH als Sanierungsträger gehen erst mit dem Verkauf der sanierten Immobilie ein.

Geschäftsbesorgungsverträge hat die Stadt insbesondere mit eigenen Gesellschaften abgeschlossen. Die Unternehmen bewirtschaften z. B. städtischen Parkraum, Wohnungen und sonstige Gebäude. Zu diesen Verträgen liegen zur Fertigstellung dieses Jahresabschlusses Abrechnungen vor, die im Rechnungswesen der Hansestadt vollständig übernommen wurden. Wertberichtigungen zu auf diesem Wege übernommenen Forderungen wurden nicht bilanziert.

Als weiterer Bewertungsgrundsatz wurde weit überwiegend das Prinzip der Einzelbewertung angewandt. Es besagt, dass Vermögen und Schulden zum Bilanzstichtag einzeln zu bewerten sind. Davon sind Vermögensgegenstände ausgenommen, die nicht selbstständig nutzbar sind und mit anderen Vermögensgegenständen eine Bewertungseinheit bilden. In begründeten Fällen wurden bestimmte Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens zur Vereinfachung der Bewertung gemäß § 37 Abs. 2 GemHVO-Doppik mithilfe eines Festwertes bilanziert. Beispiele hierfür sind der Bestand der Medien der Stadtbibliothek, der Holzbestand des Stadtwaldes, der Bestand an Verkehrszeichen oder Grünflächen, die regelmäßig erneuert werden, ohne dass der Gesamtwert gravierend abweicht. In diesen Fällen wird vereinfachend davon ausgegangen, dass sich Zugänge und Abschreibungen grundsätzlich ausgleichen. Um dies nachzuvollziehen, sind unter anderem für diese Vermögenswerte gesonderte Erfolgsbuchungen vorgesehen, die die Veränderung von Festwertbeständen widerspiegeln sollen. Nicht in allen Fällen wurden aber Festwertänderungen auf den dafür eingerichteten Erfolgskonten gebucht. Im Rahmen der körperlichen Folgeinventuren sind die Festwerte und ihre Entwicklung zu überprüfen.

Der Wertaufhellungszeitpunkt endet üblicherweise mit dem Tag, an dem der Jahresabschluss rechtmäßiger Weise hätte fertig gestellt sein sollen. Erkenntnisse, die bilanzierungsrelevant sind, aber erst nach diesem Zeitpunkt bekannt geworden sind, dürfen im Regelbetrieb nicht mehr verwendet werden. Hinsichtlich der Beurteilung der Werthaltigkeit von Forderungen wurden dagegen die aktuellen Daten verwendet. Ebenfalls wurden zum Teil keine Rückstellungen für noch ausstehende Eingangsrechnungen gebildet, wenn die Rechnung inzwischen ordnungsgemäß vorlag. In diesen Fällen wurden oftmals anstelle der Rückstellung als ungewisse Verbindlichkeit die inzwischen konkreten Verbindlichkeiten direkt gebucht.

Für die Ausbuchungen der Restbuchwerte von verkauften Vermögenswerten sind entsprechend der Regelungen der „Verwaltungsvorschriften Kontenrahmen Zuordnungsvorschriften“ keine Erfolgskonten ausdrücklich vorgegeben. Als Anlagenabgänge wurden sie bei den bilanziellen Abschreibungen separat erfasst.

Zur Anwendung weiterer Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird auf die nachfolgenden speziellen Ausführungen pro Bilanzposten verwiesen.



C. Besondere Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

1 Anlagevermögen

Auf den beigefügten Anlagenspiegel sei verwiesen.

Im Anlagenspiegel ausgewiesene Abschreibungen weichen von den bilanziellen Abschreibungen der Ergebnisrechnung rechtmäßiger Weise ab, weil in der Ergebnisrechnung weitere Konten insbesondere für die Abschreibungen des Umlaufvermögens hinterlegt sind, die nicht die Abschreibung des Sachanlagevermögens betreffen. In der Ergebnisrechnung werden die Abschreibungen des laufenden Wirtschaftsjahres dargestellt.

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle. Vermögenswerte	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016	Umb., Zu- und Abgänge
Summe	9.685.089,96	374.102,00	10.059.191,96	964.921,86

Die oben dargestellte Tabelle stellt in der Spalte „Entwicklung“ die Differenz zwischen dem Endbestand und dem Anfangsbestand dar. Als Zu- und Abgänge sind darin enthaltene Veränderungen aufgrund von Kaufverträgen oder Umbuchungen enthalten. Umbuchungen sind unter anderem erforderlich, nachdem eine Anlage im Bau fertig gestellt wurde. Diese Tabellenstruktur wird für alle Bilanzposten des Anlagevermögens verwendet.

Voraussetzung für die Aktivierung immaterieller Vermögensgegenstände ist, dass diese entgeltlich erworben wurden. Selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände wurden gemäß § 40 Abs. 4 GemHVO-Doppik nicht aktiviert.

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden bilanziert für:

- Lizenzen und DV-Software sowie
- Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände

Wesentliche sonstige immaterielle Vermögensgegenstände sind Rechte an fremden Grundstücken sowie an die Deutsche Bahn geleistete Vorteilsausgleiche. Ebenfalls ist die Finanzsoftware „Mach“ dieser Bilanzposition zugeordnet.

Umbuchungen, Zu- und Abgänge

Wesentliche Zugänge im Wirtschaftsjahr 2016 sind die Software der neuen Telefonanlage in der Stadtverwaltung (615 T€), die Erweiterung von Serverlizenzen für den Bereich Informationstechnik (194 T€), die Software zur Einführung eines Druckmanagementsystems (65 T€), die Anschaffung von Citrix Desktop Lizenzen (44 T€) und der Kauf einer neuen Software für die Bereichsdienste im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales (39 T€).

Zum Jahresabschluss 2016 ergibt sich eine Abweichung bei den immateriellen Vermögensgegenständen zwischen Bilanz und Anlagenspiegel zum 31.12.2016 in Höhe von 725,33 €. Es handelt sich hierbei um eine einmalige systembedingte, fehlerhaft zu hohe Abbildung im Anlagenspiegel, die parallel auch den Bilanzposten Betriebs- und Geschäftsausstattung betrifft.



1.2 Sachanlagen

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Unbebaute Grundstücke ...	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016	Umb., Zu- und Abgänge
Summe:	227.759.587,57	-1.540.838,98	226.218.748,59	-1.358.502,62

Unter den *Grünflächen* wurden Erholungsflächen, Parkanlagen sowie Freizeit- und Erholungsflächen einschließlich der dazugehörigen Oberflächengewässer sowie Naturschutzgebiete und Ausgleichflächen subsumiert.

Ackerland ist Grund und Boden, der landwirtschaftlich, gartenbaulich kommerziell oder für eigene Zwecke genutzt wird.

Bei dem Posten *Wald und Forsten* handelt es sich einerseits um den Grund und Boden, der forstwirtschaftlich genutzt wird. Andererseits umfasst der Posten das stehende Holzvermögen, das einer regelmäßigen Bewirtschaftung unterliegt. Das Holzvermögen ist durch ein forstwirtschaftliches Gutachten auf der Grundlage der 2005 erhobenen Forsteinrichtungsdaten bewertet worden. Es ist als Festwert ausgewiesen.

Unter dem Bilanzposten *sonstige unbebaute Grundstücke* wird anderweitig nicht genannter Grund und Boden bilanziert. Diesem Posten sind auch die zahlreichen mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücke der Hansestadt Lübeck zugeordnet.

Umbuchungen, Zu- und Abgänge

Die wesentlichen Veränderungen ergeben sich aus Grundstücksverkäufen sonstiger unbebauter Flurstücke (1,6 Mio. €) und Abgängen aus Umbuchungen von verschiedenen Flurstücken aus anderen Bilanzpositionen (267 T€). Diese resultieren z.B. aus Nutzungsänderungen. Zugänge sind im Wesentlichen bei den Grünflächen (227 T€) und bei den sonstigen unbebauten Grundstücken (250 T€) zu verzeichnen. Diese resultieren aus Grundstücksankäufen.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

bebaute Grundstücke	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016	Umb., Zu- und Abgänge
Summe:	291.071.543,94	-1.186.195,28	289.885.348,66	12.686.696,08

Auf den beigefügten Anlagenspiegel sei verwiesen.

Grund und Boden für kommunale Nutzungen sind als Gemeinbedarfsflächen dauerhaft der öffentlichen Zweckbestimmung vorbehalten. Damit sind sie grundsätzlich einer Marktpreisentwicklung entzogen. Dementsprechend wurde der Wert des Grund und Bodens für kommunalnutzungsorientiert errichtete Gebäude objektbezogen ermittelt und der Bodenrichtwert mit 40 % des aktuellen Wertes des umgebenden erschlossenen Baulandes in der bestehenden örtlichen Lage zur Eröffnungsbilanz 2010 veranschlagt. Den Zeitwert für Grundstücke, die nutzungsbedingt eine Marktanbindung haben, bildet regelmäßig der Verkehrswert. Dieser Wert ist auf der Grundlage der Bodenrichtwerttabelle der Hansestadt Lübeck unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage festgesetzt worden. Die Werte der Eröffnungsbilanz wurden fortgeführt. Zugänge werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert.

Die Außenanlagen wurden bei den Berechnungen zur Eröffnungsbilanz auf pauschal fünf Prozent der Herstellungskosten des Gebäudewertes festgelegt und zusammen mit diesem erfasst. Falls sich der Bestand der Außenanlagen ändert, wird dieser im Einzelfall detailliert berücksichtigt und führt zu einer allmählichen Trennung der Werte für Gebäude und Außenanlagen.



Gebäude, die ab dem 01.01.2000 hergestellt wurden, wurden mit tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet.

Umbuchungen, Zu- und Abgänge

Die wesentlichen Veränderungen ergeben sich u.a. aus Abgängen bei den sonstigen Dienst- und Betriebsgebäuden (1,2 Mio. €); u.a. wegen der Umgestaltung des St. Annen-Museums (920 T€). Zugänge (2,4 Mio. €) und Umbuchungen von anderen Bilanzpositionen (11,6 Mio. €) wurden hauptsächlich nach der Fertigstellung von Baumaßnahmen vorgenommen.

Im Bereich „Kinder- und Jugendeinrichtungen“ sind z.B. Zugänge aufgrund von abgeschlossenen Umbaumaßnahmen in der Kindertagesstätte „Kerckringstraße“ (1,2 Mio. €) und im Heiweg „das Haus der kleinen Riesen“ (1,2 Mio. €) zu verzeichnen. Ebenfalls konnte der Neubau in der Kindertagesstätte „Marlistraße“ (2,0 Mio. €) fertiggestellt werden.

Im Bereich „Schulen“ sind Zugänge u.a. aus der Erweiterung von zwei Klassenräumen an der Geschwister-Prenski-Schule (651 T€), von der WC-Sanierung am Johanneum zu Lübeck (235 T€), vom VHS Umbau für das Fortbildungszentrum in der Falkenstraße (242 T€), aus der Umstrukturierung des Gebäudes an der Marien-Schule (295 T€) und aus dem Abschluss einer EEM-Maßnahme an der Holstentor-Gemeinschaftsschule (203 T€) angefallen.

Im Bereich der „sonstigen Gebäude“ entstehen Zugänge aufgrund der Fertigstellung u.a. vom Projekt „Städtebauförderung St. Lorenz“ (3,1 Mio. €), der Restaurierung der Katharinenkirche im Rahmen eines Investitionsprogrammes der UNESCO-Welterbstätten „Lübecker Altstadt“ (3,1 Mio. €) und des neuen Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr in Kücknitz (676 T€).

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Infrastrukturvermögen	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016	Umb., Zu- und Abgänge
Summe:	398.185.370,13	-6.735.529,32	391.449.840,81	10.677.802,51

Das Infrastrukturvermögen der Stadt umfasst die öffentlichen Einrichtungen, die im engeren Sinne die Grundvoraussetzung für das „Leben in der Stadt“ bilden. Der Bilanzausweis beinhaltet deshalb nur Verkehrs- sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen und ist gesetzlich wie folgt strukturiert:

- Grund und Boden des Infrastrukturvermögens,
- Brücken und Tunnel,
- Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen,
- Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen,
- Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen und
- sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens.

1.2.3.1 Grundstücke des Infrastrukturvermögens

In der Eröffnungsbilanz 2010 wurden die Werte für Grund und Boden getrennt nach dem Innenbereich und dem Außenbereich ermittelt. Die Werte wurden fortgeführt.

Wertänderungen ergeben sich aus Umbuchungen aufgrund von Nutzungsänderungen.



1.2.3.2 Brücken und Tunnel

Unter dieser Bilanzposition sind alle Brücken und Tunnel sowie Stütz- und Lärmschutzwände im Stadtgebiet erfasst und bewertet worden.

Der Herrentunnel wurde in der Bilanz nicht erfasst, da die Hansestadt Lübeck als Konzessionsgeber lediglich zivilrechtlicher Eigentümer des Tunnelbauwerks ist und das bilanzierungsnotwendige wirtschaftliche Eigentum nicht vorliegt. Wirtschaftlicher Eigentümer ist der Konzessionär für die Dauer der Überlassung.

Die Zugänge in dieser Bilanzposition ergeben sich durch den Neubau einer Straßenbrücke in Wesloe (147 T€) und die grundhafte Sanierung an der Hafendrehbrücke (172 T€).

1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen

Hier werden die Gleisanlagen der Hafenbahn abgebildet. Die Werte wurden zur Eröffnungsbilanz 2010 dem bestehenden Anlagenverzeichnis des BgA Hafen entnommen und seitdem fortgeführt.

Die Zugänge in dieser Bilanzposition ergeben sich überwiegend aus Umbuchungen von fertiggestellten Baumaßnahmen wie die Erneuerung der Gleise der Hafenumgehungsbahn 2 (245 T€), 3 (868 T€) und 4 (201 T€) und ebenfalls des Gleises 82 des Vorwerker Hafens (147 T€).

1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Der bilanzierte Wert wurde unter Berücksichtigung von Abschreibungen fortgeführt.

Ausgewiesen sind im städtischen Eigentum stehende Regenwasserleitungen, die einzig der Straßenentwässerung dienen.

Die Abwasserbeseitigungsanlagen, die wert- und mengenmäßig immens bedeutender sind, sind im Eigentum der Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) und entsprechend dort bilanziert. Die EBL selbst sind als eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Finanzanlagevermögen ausgewiesen.

Im Wirtschaftsjahr 2016 haben sich in dieser Bilanzposition neben der Abschreibung keine Veränderungen ergeben.

1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen

Die Bewertung des Straßennetzes der Hansestadt Lübeck wurde zur Eröffnungsbilanz 2010 durch ein anerkanntes und spezialisiertes Unternehmen mithilfe einer Bestands- und Zustandserfassung durchgeführt.

Im Posten 1.2.3.5 der Bilanz sind auch die Straßenbeleuchtungsanlagen und Verkehrslenkungsanlagen enthalten. Die Verkehrslenkungsanlagen unterteilen sich in die folgenden Anlagen:

- Lichtsignalanlagen,
- Vor- und Tabellenwegweiser,
- StVO-Beschilderungen.

Für Vor- und Tabellenwegweiser, StVO-Beschilderung und Straßenbeleuchtung wurden Festwerte gemäß § 37 Abs. 2 GemHVO-Doppik gebildet. Lichtsignalanlagen wurden einzeln erfasst und bewertet.



Umbuchungen, Zu- und Abgänge

Es ergeben sich im Wirtschaftsjahr 9,7 Mio. € Zugänge und Umbuchungen, die aus folgenden Projekten und Abrechnungen von Baumaßnahmen resultieren:

- Baltische Allee im Rahmen einer Eröffnungsbilanzkorrektur (1,7 Mio. €),
- Erschließung von Straßen in St. Hubertus (Kometenweg, Mondweg, Polarisweg, Sternenring, 2,2 Mio. €),
- Erschließung der öffentlichen Stichstraße 1 bis 3 der Dornbreite (987 T€),
- Sanierung der Fahrbahndecke in der Fehlingstraße (775 T€),
- Deckenerneuerung in der Schwartauer Allee (325 T€),
- Erneuerung der Fahrbahn in der Solmitzstraße (407 T€),
- und die Sanierung der Travemünder Landstraße (934 T€).

Aufgrund von Straßensanierungen sind ebenfalls Abgänge von 1,6 Mio. € in dieser Bilanzposition zu verzeichnen, wie u.a. die Wesloer Landstraße (319 T€), die Niendorfer Straße (135 T€), der Gustav-Radbruch-Platz (182 T€) und die Kreisstraße „Pfungstbusch“ (197 T€).

1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Unter den sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens sind überwiegend Bauten der Lübeck Port Authority ausgewiesen, vor allem Kaimauern und sonstige wasserbauliche Anlagen (überwiegend Verkehrsflächen).

Die Werte wurden zur Eröffnungsbilanz dem existierenden Anlagennachweis des BgA entnommen und fortgeführt.

Die Zugänge in dieser Bilanzposition setzen sich überwiegend aus Umbuchungen von fertiggestellten Baumaßnahmen und Projekten wie u.a. der Anlegebrücke im Fischereihafen in Travemünde (548 T€) und der Städtebauförderung „Stadtumbau West“ (197 T€) zusammen.

1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden

Bauten auf fremden Grund und Boden	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016	Umb., Zu- und Abgänge
Summe:	850.402,00	-22.051,00	828.351,00	0,00

Die Hansestadt Lübeck besitzt Erbbaurechte an Grundstücken. Im Wirtschaftsjahr 2016 haben sich in dieser Bilanzposition neben der Abschreibung keine Veränderungen ergeben.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Kunstgegenstände Kulturdenkmäler	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016	Umb., Zu- und Abgänge
Summe:	60.262.828,35	+183.829,88	60.446.658,23	240.313,94

Zu den Kunstgegenständen gehören sämtliche Kunstgegenstände der Kunsthalle St. Annen, des St. Annen-Museums, des Museums Behnhaus Drägerhaus, des Museums Holstentor, des Museums für Natur und Umwelt, des Kulturforums Burgkloster mit Museum für Archäologie, der Geschichtswerkstatt Herrenwyk und der Museumskirche St. Katharinen.

Das Archivgut der Hansestadt Lübeck besteht zum einen aus archivwürdigem Schriftgut der Stadtverwaltung (auch historisch) und zum anderen aus archivwürdigem Schriftgut Dritter, das dem Bereich Archiv angeboten wird.



Die Fundstücke des Bereiches Archäologie und Denkmalpflege ergeben sich aus Ausgrabungen und Funden. Die Gegenstände werden nicht angeschafft oder hergestellt, sondern wachsen der Hansestadt Lübeck zu. Es gibt daher keine Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die aktiviert werden könnten. Die archäologischen Fundstücke sind nicht zu bilanzieren.

Der Bereich Stadtbibliothek vereint im Gebäude in der Hundestraße eine moderne Informationsbibliothek und eine wissenschaftliche Bibliothek mit teilweise historischem Buchbestand. Dieser historische Buchbestand wird in Gänze praktisch genutzt und steht der Öffentlichkeit zur Verfügung. Damit entspricht der historische Buchbestand nicht der Definition für Kunstgegenstände und wird zusammen mit dem Leihmedienbestand unter der Betriebs- und Geschäftsausstattung bilanziert.

Die Zugänge resultieren u.a. aus dem Einbau eines Brandschutzsystems auf der Viermastbark „Passat“ in Travemünde (223 T€), einem Konvolut (Grafik, Bücher, Porzellan) von Alfred Mahlau für das Buddenbrookhaus (8 T€) und der Zeichnung „Toter Fuchs“ von Friedrich Overbeck für das Museum Behnhaus Drägerhaus (9 T€).

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Maschinen, techn. Anlagen	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016	Umb., Zu- und Abgänge
Summe:	27.133.099,50	+780.324,00	27.913.423,50	3.819.663,53

Den wertmäßig größten Anteil an den Maschinen macht der Fuhrpark der Feuerwehr aus. Weitere größere Posten sind Fahrzeuge der Lübeck Port Authority und des Bereichs Stadtgrün und Verkehr. Ebenfalls sind hier technische Anlagen in den Naturwissenschaftsräumen der Schulen angesiedelt.

Umbuchungen, Zu- und Abgänge

Im Geschäftsjahr 2016 sind für den Bereich Feuerwehr beispielsweise zwei Notarztwagen für die Wache 1 (gesamt 164 T€), eine neue Funkausstattung (263 T€) und für zwei Rettungswagen jeweils ein Kofferaufbau (gesamt 282 T€) angeschafft worden.

Für den Bereich Lübeck Port Authority ist u.a. ein Schubboot "GEMSBOCK" (51 T€) erworben worden.

Die Ausstattung des Bereiches Stadtgrün und Verkehr mit u.a. zwei Sprintern Kastenwagen (gesamt 122 T€) führen auch zu Zugängen in dieser Bilanzposition.

Die weiteren Zugänge in dieser Bilanzposition ergeben sich überwiegend aus Umbuchungen von geleisteten Anzahlungen und getätigten Neuanschaffungen in Schulen und Kindertagesstätten wie u.a. der Lüftungsanlage für die Friseurwerkstatt an der Dorothea-Schlözer-Schule (164 T€), der Fertigstellung des Biologie-Raumes an der Emanuel-Geibel-Schule (111 T€), dem Einbau eines Senkrechtliftes für die Kindertagesstätte in der Kerckringstraße (40 T€), sechs Prüfständen für Gasgeräteprüfungen (gesamt 93 T€) und der Fertigstellung der Naturwissenschaftlichen Räume (NaWi-Raum) an der Gotthard-Kühl-Schule (126 T€), der Julius-Leber-Schule (328 T€) und der Grund- und Gemeinschaftsschule St. Jürgen (255 T€). Ebenfalls konnte der Einbau der Akustikdecken in den Schulräumen u.a. an der Grund- und Gemeinschaftsschule St. Jürgen, Kaland-Schule und Anna-Siemsen-Schule (gesamt 294 T€) im Wirtschaftsjahr 2016 abgeschlossen werden.

Den Zugängen dieser Bilanzposition stehen Abgänge u.a. von Fahrzeugen und Ausstattungsgegenständen, insbesondere aufgrund von Neuanschaffungen und Sanierungsmaßnahmen, gegenüber.



1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Betriebs- und Geschäftsaus.	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016	Umb., Zu- und Abgänge
Summe:	20.375.515,87	+1.278.034,27	21.653.550,14	3.882.142,70

Den höchsten Anteil an den Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung machen die Einrichtungsgegenstände und Lehrmittel der Schulen aus. Weitere größere Posten sind die Büroausstattung in den Verwaltungsräumen, die städtischen IT-Systeme, sowie die Ausstattung in der Musik- und Kongresshalle.

Für die Schulen wurden Festwerte für die Standardausstattung in den Klassenräumen gebildet.

Darüber hinaus wurden Festwerte für Hardwarekomponenten (IT-Ausstattung an Arbeitsplätzen, IT-Infrastrukturkomponenten und Telekommunikation), Regalsysteme im Archiv und für den Medienbestand der Stadtbibliothek gebildet.

sonstige Umbuchungen, Zu- und Abgänge

Die Zugänge in dieser Bilanzposition sind hauptsächlich durch neu angeschaffte geringwertige Wirtschaftsgüter und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung zu verzeichnen (u.a. Schulmöbel, technische Ausstattung und Gegenstände für den Bereich Feuerwehr). Die größeren Anschaffungen stellen u.a. ein neuer Kunstrasenplatz für den Buniamshof (678 T€), eine neue Speicher- und Sicherheitssoftware für den Bereich Informationstechnologie (263 T€), eine Radroutenbeschilderung zur Vernetzung des östlichen Stadtgebietes (133 T€) und Spielgeräte für den Kinderspielplatz im Sternerring aufgrund der neuen Erschließung in St. Hubertus (99 T€) dar.

Die weiteren Zugänge in dieser Bilanzposition ergeben sich überwiegend aus Umbuchungen von geleisteten Anzahlungen und getätigten Neuanschaffungen wie u.a. die EDV-Netzwerkausstattungen für Schulen (z.B. Oberschule zum Dom, 62 T€; Grund- und Gemeinschaftsschule St. Jürgen, 14 T€), einer Bolle-Raum-Container-Anlage für den Bereich Feuerwehr Wache 1 (71 T€) und eine Ausstellungswand für die Viermastbark „Passat“ in Travemünde (50 T€).

Die Ausstattung mit neuen Regalergänzungen und Sichtschutzwänden der Zentralbibliothek (30 T€) und neue Spielgeräte für Kinderspielplätze (Warnowweg, An der Mauer, Cambraikaserne, 73 T€) führen ebenfalls zu Zugängen in dieser Bilanzposition. Darüber hinaus wurden u.a. die Kindertagesstätten in der Marlistraße, im Heiweg und im Mönkhofer Weg mit neuen Einrichtungsgegenständen (221 T€) ausgestattet. In der Kindertagesstätte im Schaluppenweg wurde ein Motorikzentrum (40 T€) eingerichtet.

Zum Jahresabschluss 2016 ergibt sich eine Abweichung bei den immateriellen Vermögensgegenständen zwischen Bilanz und Anlagenspiegel zum 31.12.2016 in Höhe von 725,33 €. Es handelt sich hierbei um eine systembedingte, fehlerhaft zu niedrige Abbildung im Anlagenspiegel, die parallel auch den Bilanzposten immaterielle Vermögensgegenstände betrifft.

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Geleistete Anzahlungen, AiB	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016	Umb., Zu- und Abgänge
Summe:	37.195.474,28	+18.659.304,55	55.854.778,83	18.847.653,91

Diese Position beinhaltet neben den geleisteten Anzahlungen im Wesentlichen den Wert sämtlicher Baumaßnahmen, die zum Bilanzstichtag noch nicht fertig gestellt waren. Hierzu gehören insbesondere Großprojekte wie die Sanierungsmaßnahmen am Lübecker Rathaus, die Energieeffizienzmaßnahme und Dachgeschossausbau für Archivräume am Meesenring 7, der Umbau in der Musik- und Kongresshalle (z.B. Akustikdecke, Brandschutz), das Vorhaben „Priwall Waterfront“



in Travemünde sowie der Neubau der Feuer- und Rettungswache 3 in Kücknitz, die Erweiterung der Anna-Siemsen-Schule als auch der Ausbau der Priwall-Promenade und der Neubau der Possehlbrücke.

Umbuchungen, Zu- und Abgänge

Die Zugänge in dieser Bilanzposition gehen auf die geleisteten Zahlungen für laufende und neu begonnene Baumaßnahmen zurück. Hierzu zählen vor allem der Umbau der Kindertagesstätte in der Glockengießerstraße, der Neubau einer Mensa an der Oberschule zum Dom, die grundhafte Sanierung der K25 am Sandberg sowie die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes am Hauptbahnhof Lübeck als auch die Grundsanierung am Burckhardt-Gymnasium.

Projekte wie u.a. die Restaurierung der Katharinenkirche, die neue Telefonanlage für die Stadtverwaltung, die energetische Maßnahme in der Kindertagesstätte „Marlistraße“, die Sanierung der Fahrbahndecke in der Fehlingstraße, eine Gleiserneuerung der Hafenumgebungsbahn am Konstinkai sowie der Umbau der Kindertagesstätte in der Kerckringstraße als auch die Sanierung der K20 an der Travemünder Landstraße konnten im Wirtschaftsjahr 2016 abgeschlossen und der entsprechenden Bilanzposition zugeordnet werden.

Zum Jahresabschluss 2016 ist in der Bilanz aufgrund von Anzahlungen für Grundstückskäufe ein Betrag von 14.389,08 € gebucht worden, die nicht im Anlagenspiegel ausgewiesen werden. Hintergrund hierfür ist die ausgelagerte Grundstücksbuchhaltung.

Die von den Bereichen als fertig gemeldeten Anlagen im Bau (AiB) wurden im Geschäftsjahr 2016 fristgerecht abgerechnet.

Die Maßnahmen wurden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Ausgaben aktiviert.

1.3 Finanzanlagen

Finanzanlagen	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016
Summe:	244.876.166,20	-11.065.345,37	233.810.820,83

Zu den Finanzanlagen gehören folgende Bilanzpositionen:

- Anteile an verbundenen Unternehmen
- Beteiligungen
- Sondervermögen
- Ausleihungen
- Wertpapiere des Anlagevermögens

Der Bewertung der bilanzierten Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und der Sondervermögen lagen die Vorschriften des § 55 Abs. 3 GemHVO-Doppik zugrunde. Gemäß § 55 Abs. 3 GemHVO-Doppik konnte als Wert das anteilige Eigenkapital angesetzt werden. Die gemäß § 55 Abs. 3 GemHVO-Doppik ermittelten Werte für Finanzanlagen gelten gemäß § 55 Abs. 4 GemHVO-Doppik in zukünftigen Haushaltsjahren als Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Bei der BQL Berufsausbildungs- und Qualifizierungsagentur Lübeck GmbH liegt kein beherrschender Einfluss vor. Diese ist daher den Beteiligungen zugeordnet.



Unternehmen	2016
Verbundene Unternehmen	€
Lübeck und Travemünde Marketing GmbH (LTM)	810.000,00
Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH (GGM)	1,00
KWL GmbH	19.890.424,89
Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH (LMuK)	46.080,00
Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH (GG TRAVE)	37.084.829,47
Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH (LHG)	25.934.166,79
Stadtwerke Lübeck Holding GmbH	9.599.778,21
Theater Lübeck gGmbH (LTG)	667.341,37
Flughafen Service Ges. mbH (FSG)	0,00
Summe aus verbundenen Unternehmen:	94.032.621,73
Beteiligungen	
Stadtwerke Lübeck GmbH (SWL)	4.441.770,47
BQL Berufsausbildungs- und Qualifizierungsagentur Lübeck GmbH	188.347,85
LVS Landesweite Verkehrsservice GmbH, Kiel	868,33
SANA Kliniken Lübeck GmbH	120.523,86
Hamburg Marketing GmbH	500,00
IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR	2.500,00
Summe aus Beteiligungen:	4.754.510,51
Sondervermögen	
SeniorInneneinrichtungen	3.658.307,38
Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL)	114.238.279,86
Kurbetrieb Travemünde (KBT)	5.334.096,81
Lübecker Schwimmbäder (LSB)	2.012.000,00
Summe aus Sondervermögen:	125.242.684,05
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	
Darlehen an die Stadtwerke Lübeck Holding GmbH	0,00
Darlehen an die KWL GmbH	163.888,97
Summe aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen:	163.888,97

Die Bewertung der Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen sowie der sonstigen Ausleihungen erfolgte zum voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag.

Bei den verbundenen Unternehmen ist der Gesellschaftsanteil an der Flughafen Service Gesellschaft (FSG) durch den Verkauf des Flughafens erloschen. Der Buchwert des Gesellschaftsanteils ist entsprechend ausgebucht worden.

Bei den Ausleihungen hat die Stadtwerke Lübeck Holding GmbH am 14.07.2016 durch eine vorzeitige Rückzahlung das Gesellschafterdarlehen von 11,5 Mio. € getilgt. In dieser Bilanzposition ist lediglich noch der Restbetrag des Darlehens an die KWL GmbH in Höhe von 163.888,97 € (Vorjahr: 1.042.924,79 €) ausgewiesen. Im Wirtschaftsjahr 2016 sind hierfür sowohl reguläre Rückzahlungen als auch Sondertilgungen durch die KWL GmbH geleistet worden.

Mit dem Jahresabschluss 2013 konnte die KWL GmbH erstmals einen Bilanzgewinn in Höhe von rund 2,1 Mio. € ausweisen. In dieser Höhe konnten Forderungen gemäß Besserungsschein wieder aufleben. Ein entsprechender Vertrag mit der KWL GmbH wurde geschlossen. Im Wirtschaftsjahr 2016 konnte eine Rückzahlung seitens der KWL in Höhe von 879.035,82€ (Vorjahr 606.007,50 €) erfolgen. Bilanzseitig ist das Darlehen gegenüber der KWL nunmehr in Höhe von rund 163.888,97 € entsprechend unter der Position „Ausleihungen“ ausgewiesen. Diese Ausleiher gegenüber der KWL GmbH wurde wie im Vorjahr nicht als Anlage gebucht.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens ergeben sich aus der in einem Versorgungsfonds angelegten Versorgungsrücklage. Die Bewertung erfolgte mit der Summe aller bis zum Bilanzstichtag eingezahlten Beiträge und valuiert mit 9.617.115,57 € (Vorjahr: 8.274.623,67 €). Im Wirtschaftsjahr 2016 sind keine Zuführungen zum Termingeld erfolgt, sondern lediglich die Zinsen wurden entsprechend gutgeschrieben. Im Wirtschaftsjahr 2015 wurde ab dem 16.10.2015 in Höhe von 1.093.167,61 in ein Termingeld (vgl. Bilanzposition AKTIVA 2.2.5) investiert und mit 0,3% verzinst.



In Höhe der jährlichen Ausschüttungen erfolgt grundsätzlich eine Wiederanlage in den Fonds. Diese Wiederanlage wurde seit dem 31.12.2009 nicht gebucht. Eine Korrektur und damit die Nachholung der Wiederanlagen wurden im Jahresabschluss umgesetzt.

Aktuell werden die Anteile der Hansestadt Lübeck an dem Kommunalen Rücklagenverbund Nord-Fonds (KRN-Fonds) zur Sicherung der Versorgungsleistungen gegenüber den Beamten im Rahmen der Versorgungsrücklage unter den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesen.

2 Umlaufvermögen

2.1 Vorräte

Vorräte	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016
Summe:	904.162,03	-15.761,25	888.400,78

Zum Vorratsvermögen gehören die

- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe,
- Unfertige Erzeugnisse und unfertigen Leistungen,
- Fertigen Erzeugnisse und Waren sowie
- Geleisteten Anzahlungen und sonstigen Vorräte.

Unter dieser Bilanzposition werden diverse Vorräte aus unterschiedlichen Lagern der Hansestadt Lübeck ausgewiesen. Den Vorratsbestand mit dem höchsten Wert zum 31.12.2016 stellt hierbei das Lager an Beleuchtungsmitteln mit einem Wert von 376 T€ dar gefolgt von den Lagerbeständen des Stadtgutes Falkenhusen.

Die bedeutendste Veränderung ergibt sich aus dem Lager von Beleuchtungsmitteln, dessen Bestand um 27 T€ zurückgegangen ist. Demgegenüber ist der Lagerbestand der Beschilderung um 11 T€ auf 44 T€ angestiegen.

Die unfertigen sowie fertigen Erzeugnisse und Waren wurden zum Herstellungswert bilanziert.

Die Bewertung der geleisteten Anzahlungen und sonstigen Vorräten erfolgte zum Anschaffungswert.



2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögenswerte	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016	Wertberichtigungen
Summe:	92.473.708,82	1.026.720,05	93.500.428,87	16.199.999,14
Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	12.766.471,22	1.710.542,95	14.477.014,17	2.795.323,09
Sonst. öffentlich-rechtliche Forderungen	11.641.492,90	3.909.545,46	15.551.038,36	11.916.392,70
Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	9.054.219,17	-1.559.717,76	7.494.501,41	1.150.226,77
Sonstige privatrechtliche Forderungen	7.071.423,79	-551.209,44	6.520.214,35	338.056,58
Sonstige Vermögensgegenstände	51.940.101,74	-2.482.441,16	49.457.660,58	0,00

Weitere Einzelheiten sind dem Forderungsspiegel zu entnehmen. Insbesondere sind dort die Forderungen nach ihren Fristigkeiten getrennt dargestellt.

Die Position untergliedert sich insbesondere in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen, unter denen wiederum unterschiedliche Forderungsarten angesetzt und abgebildet werden und in sonstige Vermögensgegenstände. Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert worden.

Enthalten in den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sind auch befristet niedergeschlagene Forderungen, die nach den Meldungen der städtischen Bereiche einzelwertberichtigt wurden. Unbefristet nie-der-geschlagene Forderungen wurden nicht mehr bilanziert.

Soweit weitere Forderungen nicht mehr werthaltig waren, wurden auch diese einzeln wertberichtigt. Im Übrigen wurden pauschale Wertberichtigungen vorgenommen. Hierfür wurden, abhängig von der Forderungsart und der Dauer der Zahlungsfristüberschreitung, unterschiedliche Wertberichtigungsquoten analog der Verfahrensweise zur Vorjahresbilanz festgelegt. Der Werterhellungszeitpunkt wurde diesbezüglich bis zum 22.11.2017 ausgedehnt. Seit Ende 2015 wird an der Einführung eines Zentralen Forderungsmanagements gearbeitet.

Die privatrechtlichen Forderungen wurden in Höhe von 250 T€ (Vorjahr: 335 T€) einzeln und in Höhe von 1.238 T€ (Vorjahr: 1.220 T€) pauschal wertberichtigt. Die öffentlich-rechtlichen Forderungen wurden in Höhe von 2.994 T€ (Vorjahr: 2.398 T€) pauschal und in Höhe von 11.718 T€ (Vorjahr: 13.348 T€) einzelwertberichtigt. Mit dem Jahresabschluss wurden erstmalig zweifelhafte Forderungen aus einem Geschäftsbesorgungsvertrag einzelwertberichtigt. Die zweifelhaften Forderungen wurden zuvor lediglich bei der pauschalen Wertberichtigung berücksichtigt.

Forderungen in Fremdwährungen lagen am Bilanzstichtag nicht vor.



2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Wertpapiere des Umlaufvermögens	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016
Summe:	1.281.227,65	57.014,98	1.338.242,63

Die Hansestadt Lübeck verfügte zum Bilanzstichtag über Wertpapiere aus einer Erbschaft, die im Jahr 2010 zugegangen ist. Das Erbe wurde am 22.10.2010 angetreten und in Form von Wertpapieren und Barmitteln übertragen. Diese Erbschaft ist zweckgebunden und soll kulturellen Zwecken zu Gute kommen. Die Hansestadt ist Vorerbe. Die Erbschaft ist auf zehn Jahre begrenzt. Danach geht das restlich vorhandene Nachlassvermögen auf den Nacherben über.

2.4 Liquide Mittel

Liquide Mittel	31.12.2015	31.12.2016
Summe	33.109.546,24	30.223.009,56

Diese Position umfasst alle liquiden Mittel, die als Bar- oder Buchgeld kurzfristig zur Disposition stehen. Dazu gehören in erster Linie die Bestände der Bar-Kassen und Handvorschüsse sowie die Bankguthaben.

Bei einigen Schulen in der Hansestadt Lübeck bestehen Nebenkassen. Es ist strittig, ob das wirtschaftliche Eigentum dieser Kassen bei der Stadt liegt oder bei dem Land als Träger der schulischen Aufgaben. Das Bildungsministerium wurde vom Innenministerium aufgefordert, hier eine eindeutige Regelung zu treffen. Solange eine solche Regelung noch nicht besteht, werden die Kassenkonten sowohl unter der Bilanzposition der liquiden Mittel als auch unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Hiermit wird gewährleistet, dass eine Abbildung nicht unterbleibt. Es wird aber auch die Unsicherheit verdeutlicht, ob diese Mittel der Hansestadt Lübeck zuzuordnen sind.

Zum 31.12.2016 gab es für einen Kassenbestand schwimmende Gelder, da der Bestand am 31.12.2016 auf ein Bankkonto eingezahlt worden ist. Die Bestätigung der Bank erfolgte jedoch erst mit Kontoauszug von 2017.

Nicht aufgeführt unter den liquiden Mitteln ist das Konto der Schuldnerberatung. Dieses Konto wird verwendet, um Gelder der Schuldner weiterzureichen, beispielsweise an Gläubiger. Das Konto musste von der Schuldnerberatungsstelle eingerichtet werden, da die einzelnen Schuldner nicht immer über eigene Bankkonten verfügen. Die dort vorhandenen Mittel werden ausschließlich für die Schuldner verwendet. Zudem werden auf diesem Konto auch zweckgebundene Drittmittel eingenommen, die an Gläubiger wieder ausgekehrt werden. An den liquiden Mitteln auf diesem Konto hat die Hansestadt kein wirtschaftliches Eigentum und darf den Bestand des Kontos zum Jahresabschluss nicht in der eigenen Bilanz ausweisen.



3 Aktive Rechnungsabgrenzung (ARAP)

ARAP	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016
Summe	13.008.824,85		12.301.394,53
- davon aus Rechnungsabgrenzung	309.381,78		262.785,45
<i>Zugänge</i>		233.270,79	
<i>Abgänge/Verbrauch</i>		279.867,12	
- davon ARAP aus geleisteten Zuweisungen und Zuschüssen	12.699.443,07		12.038.609,08
<i>Zugänge</i>		776.025,36	
<i>Abgänge/Auflösung</i>		1.436.859,35	

Als aktive Rechnungsabgrenzung wurden grundsätzlich Ausgaben vor dem Abschlussstichtag berücksichtigt, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit danach darstellen und die Beträge nicht geringfügig sind. Seit der Eröffnungsbilanz 2010 wurden nur Einzelfälle über 5.000,00 € abgegrenzt. Die zum Jahresabschluss gebildeten Werte werden mittelfristig nahezu vollständig aufgelöst.

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind nach § 40 Abs. 7 GemHVO-Doppik zudem auch geleistete Investitionszuwendungen für die Anschaffung und Herstellung von Vermögensgegenständen, die nicht im wirtschaftlichen Eigentum stehen, zu erfassen und über die Zweckbindungsfrist aufzulösen. Die Summe aus Zugängen und Abgängen ergibt insgesamt eine Verminderung im Wirtschaftsjahr 2016 von 0,7 Mio. €.

Auf die Bildung eines aktiven Rechnungsabgrenzungspostens für die Abgrenzung der Januarbezüge der Beamten wird seit dem ersten Jahresabschluss im Jahr 2010 verzichtet. Diese Aufwendungen sind nicht abzugrenzen, da sie im zutreffenden Wirtschaftsjahr bereits gebucht sind.

Zum Jahreswechsel 2009/2010 wurde eine diesbezügliche Abgrenzung im Rahmen des Übergangs von der Kameralistik auf das doppelte Rechnungswesen einmalig vorgenommen. Dies war erforderlich, weil in der kameralistischen Jahresrechnung die abzugrenzende Zahlung bereits fehlbetragswirksam berücksichtigt war und in die Fehlbeträge aus Vorjahren in die doppelte Bilanz mündeten.

4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Auf die Erläuterungen zum Eigenkapital auf der Folgeseite wird verwiesen.



Passiva

1 Eigenkapital

Eigenkapital	31.12.2015	Entwicklung	Anmerkung	31.12.2016
Allgemeine Rücklage	243.849.949,46	0,00		243.849.949,46
Sonderrücklage	124.037,32	24.875.700,10 -24.194,95	Umb. nicht aufzul. Zusch. Stellplatzrücklage	24.975.542,47
Ergebnisrücklage	0,00	0,00		0,00
Vorgetragener Jahresfehlbetrag	-339.749.003,96	3.327.476,96	Ergebnisverwendung 2015	-336.421.527,00
Jahresergebnis	3.327.476,96	-3.327.476,96 31.325.660,58	Umgliederung zum Vortrag Jahresergebnis 2016	31.325.660,58
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	92.447.540,22	-56.177.165,73		36.270.374,49
Summe	0,00			0,00

Die *Allgemeine Rücklage* errechnete sich in der Eröffnungsbilanz als Differenz aus allen Aktiva und Passiva abzüglich des Betrags, der nach § 54 Abs. 3 GemHVO-Doppik als Ergebnisrücklage auszuweisen ist. Nach § 26 Abs. 4 GemHVO-Doppik darf ein vorgetragener Jahresfehlbetrag frühestens nach 5 Jahren zu Lasten der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden.

Als *Sonderrücklage* ist unter anderem die Stellplatzrücklage der Hansestadt Lübeck ausgewiesen. Ein Verbrauch dieser Rücklage wäre nach § 25 Abs. 2 GemHVO-Doppik grundsätzlich der Allgemeinen Rücklage zuzuführen. Allerdings ist mit der auf diesem Wege „finanzierten“ Herstellung eines Stellplatzes ein Sonderposten zum neuen Stellplatz zu buchen, so dass zwangsläufig und nach Klarstellung durch das Innenministerium vom Grundsatz abgewichen werden muss. Daneben wurden Sonderbedarfswweisungen nach § 17 FAG und ein nicht aufzulösender Sonderposten für das Grundstück des Günter-Grass-Hauses bilanziert

Darüber hinaus wurde durch das Innenministerium festgelegt, dass für nicht abzuschreibende Kunstgegenstände keine Sonderposten gebildet werden können. Nach § Abs. 5 Satz 3 GemHVO-Doppik dürfen Sonderposten für Grundstücke gebildet und über einen Zeitraum von 25 Jahren aufgelöst werden. Aufgrund der Klarstellung des Ministeriums ist eine analoge Anwendung für die Kunstgegenstände nicht möglich. Stattdessen ist für diese Kunstgegenstände eine Sonderrücklage entsprechend § 40 Abs. 5 Satz 1 GemHVO-Doppik zu bilden. Im Jahresabschluss 2016 wurde eine Umbuchung entsprechend vorgenommen.

Die *Ergebnisrücklage* dient zum Ausgleich von Fehlbeträgen und soll grundsätzlich durch Jahresüberschüsse aufgefüllt werden. In der Eröffnungsbilanz wurde gemäß § 54 Abs. 3 GemHVO-Doppik eine Ergebnisrücklage in Höhe von 15 % der Allgemeinen Rücklage angesetzt. Nach § 26 Abs. 3 GemHVO-Doppik sollen Jahresfehlbeträge durch Umbuchen aus Mitteln der Ergebnisrücklage ausgeglichen werden. Diese Verfahrensweise führte dazu, dass nach den Buchungen zur Verwendung des Jahresfehlbetrags 2010 die Ergebnisrücklage vollständig verbraucht war.

Mit der Regelung nach § 56 Abs. 3 GemHVO-Doppik können Korrekturen an der Eröffnungsbilanz letztmals mit dem fünften der Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss vorgenommen werden. Für die Hansestadt war dies der Jahresabschluss 2014. Somit sind in dem Jahresabschluss 2016 keine ergebnisneutralen Eröffnungsbilanzkorrekturen mehr ausgewiesen und eine Verrechnung nach § 56



Abs. 2 GemHVO-Doppik zu 85 % mit der Allgemeinen Rücklage und zu 15 % mit der Ergebnissrücklage kann nicht mehr erfolgen.

Wurde deutlich, dass Sachverhalte nicht die tatsächliche Lage der Hansestadt widerspiegeln und schon zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz widerspiegelt haben, so wird eine Korrektur vorgenommen. Solche Korrekturen werden nun jedoch ergebniswirksam gebucht und finden sich unter den Erläuterungen zu den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen. Eine Aufstellung der korrigierten Sachverhalte ist dort abgebildet.

Ein *Vorgetragener Jahresfehlbetrag* wurde in der Eröffnungsbilanz nicht ausgewiesen. Allerdings wurden gemäß § 54 Abs. 4 GemHVO-Doppik *Fehlbeträge aus Vorjahren* unter dem Jahresfehlbetrag bilanziert. Der in der Eröffnungsbilanz dargestellte Wert von 243 Mio. € wurde im Jahresabschluss 2010 zunächst unverändert vorgetragen. Erst mit dem Beschluss zur Ergebnisverwendung und der Feststellung des Jahresabschlusses wird im nachfolgenden Jahresabschluss das nach Verrechnung mit den Rücklagen verbleibende Jahresergebnis dem vorgetragenen Jahresfehlbetrag zugerechnet. Für diesen Jahresabschluss 2016 wurden die Vorträge der Jahresfehlbeträge 2010 bis 2015 unterstellt.

Neben den Fehlbeträgen aus Vorjahren weist der vorgetragene Jahresfehlbetrag auch die Verrechnung der Eröffnungsbilanzkorrekturen aus Vorjahren und periodenfremde Veränderungen beispielsweise durch Fusionen mit Unternehmen der Hansestadt aus.

Zum *Jahresergebnis* sei auf die Erläuterungen der Ergebnisrechnung und den Lagebericht verwiesen.

Das Eigenkapital ist vollständig verbraucht. Es wird ein „*nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag*“ von 36,3 Mio. € ausgewiesen. Dieser Fehlbetrag ist im Vergleich zum Vorjahr um 56,2 Mio. € gesunken. Diese gravierende Änderung beruht neben dem positiven Jahresergebnis von 31,3 Mio. € auf der dargestellten Umbuchung der Sonderposten für Kunstgegenstände in die Sonderrücklage mit einem Betrag von 24,9 Mio. €.

2 Sonderposten

Sonderposten	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016
aufzulösende Zuschüsse	115.890.992,23	-23.422.214,86	92.468.777,37
aufzulösende Zuweisungen	96.641.715,93	+973.384,52	97.615.100,45
aufzulösende Beiträge	14.018.225,36	+1.572.580,58	15.590.805,94
Treuhandvermögen	1.667.830,36	+42.618,28	1.710.448,64
Sonstige Sonderposten	2.510.955,10	-48.258,00	2.462.697,10
Gesamt	230.729.718,98	-20.881.889,48	234.723.529,60

Nach § 40 Abs. 5 GemHVO-Doppik sind erhaltene Zuschüsse und Zuweisungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen als Sonderposten zu passivieren und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände aufzulösen.

Die größte Veränderung der Sonderposten im Wirtschaftsjahr 2016 ist die Umbuchung von nicht aufzulösenden Zuschüssen für Kunstgegenstände in Höhe von 24,9 Mio. € in die Bilanzposition der Sonderrücklage. Hierbei handelt es sich um eine Entscheidung des Innenministeriums Schleswig-Holstein, nach der für nicht abzuschreibende Kunstgegenstände keine auflösbaren Sonderposten gebildet werden dürfen.

Sonderposten für aufzulösende Zuschüsse wurden im Rahmen von Spenden für den Kunstrasen am Buniamshof mit insgesamt 0,6 Mio. €, für den Umbau der Schule Groß Steinrade 0,5 Mio. € und für Schulsanierungsmaßnahmen der Schule Am Koggenweg 0,1 Mio. € gebildet.

Für die Erschließung eines Neubaugebiets in St. Hubertus wurden im Jahr 2016 insgesamt 2,4 Mio. € an Zuschüssen von privaten Unternehmen passiviert.



Sonderposten für aufzulösende Zuweisungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr unter anderem aufgrund der Zuordnung zu gefördertem Anlagevermögen aus der Umgestaltung der Priwallpromenade in Höhe von 1,8 Mio. € und Zuweisungen vom Land für den Ersatzneubau Possehlbrücke über 2,2 Mio. €.

Im Rahmen von Eröffnungsbilanzkorrekturen wurden nachträglich 0,8 Mio. € an Sonderposten passiviert.

Gemäß § 40 Abs. 6 Satz 2 GemHVO-Doppik werden aufzulösende Beiträge als Sonderposten passiviert und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände aufgelöst. Es handelt sich insbesondere um erhobene Ausbau- und Erschließungsbeiträge. Für eine Erschließungsmaßnahme in der Dornbreite wurden beispielsweise im Jahr 2016 insgesamt 1,1 Mio. € aufgelöst.

Enthalten in den aufzulösenden Sonderposten des Vorjahres sind auch Zuwendungen für Kunstgegenstände bzw. aufzulösende Sonderposten aufgrund der Schenkung von Kunstgegenständen. Da Kunstgegenstände grundsätzlich jedoch nicht der Abschreibung unterliegen, können die ihnen zugeordneten Sonderposten auch nicht über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Aus diesem Grund wurde auf Anfrage von der Kommunalaufsicht klargestellt, dass diese Zuwendungen nicht als Sonderposten, sondern als Sonderrücklage abzubilden sind.

Für Treuhandvermögen, welches von der Hansestadt Lübeck verwaltet wird, wurden gemäß § 50 Abs. 2 GemHVO-Doppik Sonderposten gebildet. Hierbei handelt es sich um vier Nachlässe die zweckgebunden zu verwenden sind.

Unter den sonstigen Sonderposten sind grundsätzlich Zuwendungen gebucht, die bis zum Bilanzstichtag noch nicht verwendet worden sind.



3 Rückstellungen

Rückstellungsart	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016
Pensionsrückstellungen	437.790.317,96	13.676.134,31	451.466.452,27
Altersteilzeitrückstellungen	5.223.969,45	-934.009,92	4.289.959,53
Altlastenrückstellung	2.523.675,06	-563.906,61	1.959.768,45
Steuerrückstellung	0,00	0,00	0,00
Verfahrensrückstellung	3.599.581,70	-2.696.214,68	903.367,02
Instandhaltungsrückstellung	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen, fehlende Rechnung	1.478.034,11	2.800.888,50	4.278.922,61
Sonstige Rückstellungen	5.457.836,09	-19.000,00	5.438.836,09
Gesamt	456.073.414,37	12.263.891,60	468.337.305,97

Die Gliederung der Rückstellungen entspricht der geänderten Vorgabe nach § 48 GemHVO-Doppik. Entgegen der Darstellung der Vorjahre ist seit dem Jahresabschluss 2014 eine neue Position enthalten. Diese Rückstellungen sind zu bilden, wenn für Verbindlichkeiten aufgrund von im Haushaltsjahr empfangenen Lieferungen und Leistungen keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist (vgl. Landesverordnung vom 10.06.2016, GVOBl. S. 410).

Entgegen der handelsrechtlichen Regelung sind nicht für alle Eventualverbindlichkeiten Rückstellungen zu bilden. Neben den fest vorgegebenen Rückstellungsarten dürfen nur dann freiwillig zusätzliche Rückstellungen für Unternehmen und Einrichtungen, die der Körperschaftssteuerpflicht unterliegen, gebildet werden, soweit diese steuerrechtlich anerkannt sind. Diese sind dann unter sonstigen anderen Rückstellungen erfasst. Diese Regelung wurde durch die Landesverordnung vom 02.12.2014, GVOBl. S. 495 geändert.

Mit *Pensionsrückstellungen* werden die Verpflichtungen zur Leistung zukünftig wahrscheinlich anfallender Pensionszahlungen und ähnlicher Versorgungsleistungen dargestellt. Sie umfassen Pensionsverpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften. Zu den Rückstellungen gehören bestehende Versorgungsansprüche sowie sämtliche Anwartschaften und andere folgende Ansprüche nach dem Ausscheiden aus dem Dienst. Zu den Pensionsrückstellungen gehören im Weiteren die Beihilferückstellungen und die Versorgungsrücklagen.

Die Berechnung des Barwertes der Pensionsrückstellungen erfolgt nach den Grundsätzen für die Bemessung von Pensionsrückstellungen durch die Versorgungsausgleichskasse (VAK) vom 09.10.2009. Die wesentlichen Parameter sind Zins, Sterbetafel, Beginn der Dienstzeit, Alter zum Pensionsbeginn, das Endgehalt und das Eintrittsalter in den Ruhestand. Bei aktiven und verheirateten Versorgungsberechtigten wird das Sterbegeld berücksichtigt. Sonstige Einmal- und Sonderzahlungen bleiben unberücksichtigt. Der Rechnungszins beträgt nach § 24 Nr. 1 GemHVO-Doppik 5 %. Als Beginn der Dienstzeit wird für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes das 19. Lebensjahr, für Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes das vollendete 25. Lebensjahr angesetzt. Der von der VAK ermittelte Barwert zum 31.12.2016 beträgt 387.894.055,31 €.

Der darin berücksichtigte und landesrechtlich vorgegebene Zinssatz zur Abzinsung von 5 % ist nach diesseitiger Einschätzung ebenfalls derzeit und auch langfristig nicht am Kapitalmarkt zu erzielen. Demzufolge wird entsprechend der rechtlichen Regelungen und dem zugrunde zu legenden VAK-Gutachten ein gravierend zu geringer Rückstellungsbetrag bilanziert. Zur Größenordnung des daraus resultierenden Risikos wird auf den Lagebericht verwiesen.



Auch für Beihilfeverpflichtungen sind Rückstellungen zwingend zu bilden. In der Bilanz werden sie ebenfalls bei den Pensionsrückstellungen abgebildet. Der Barwert der Ansprüche auf Beihilfen darf als prozentualer Anteil der Pensionsrückstellungen ermittelt werden. Der Prozentsatz wird errechnet aus dem Verhältnis der Beihilfezahlungen für Versorgungsempfänger der letzten drei Jahre zu den Zahlungen für Pensionen und beträgt 13,58 %. Die Beihilferückstellungen belaufen sich auf 52.676.012,71 €.

Ebenso bei den Pensionsrückstellungen ausgewiesen ist die Versorgungsrücklage gem. § 14a BBesG (Bundesbesoldungsgesetz). Diese soll nach den Vorgaben des Landes auf der Aktiv- und der Passivseite ausgewiesen werden (siehe dazu auch der Ausweis unter den Wertpapieren des Anlagevermögens). Die gehaltenen Wertpapiere weisen zum Stichtag einen höheren Marktwert aus als die Versorgungsrücklage.

Die *Altersteilzeitrückstellungen* vermindern sich in dem Jahr 2016 um 934.009,92 €, was auch der Entwicklung der Altersteilzeitverträge entspricht, die seit dem Auslaufen der Tarifvertrages zur Altersteilzeit Ende 2009 zurückgegangen sind. Im Jahr 2016 wurden lediglich zwei neue Altersteilzeitverträge abgeschlossen. Demgegenüber endeten 17 Altersteilzeitfälle, hiervon zwei Fälle im Teilzeitmodell und 15 im Blockmodell.

Für Altersteilzeitrückstellungen besteht die Möglichkeit, den Rückstellungsbetrag abzuzinsen. Wie in den vorhergegangenen Geschäftsjahren wird diese Wahlmöglichkeit weiterhin negativ ausgeübt, da es im Hinblick auf die Finanzlage der Hansestadt sowie des Kapitalmarktes nicht möglich ist, einen Abzinsungsbetrag zu erwirtschaften.

Rückstellungen für später entstehende *Kosten der Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung und Finanzausgleichsrückstellungen* wurden bisher nicht gebildet.

Grundstücke, bei denen ein Altlastenverdacht vorliegt, sind bei der Bewertung des Anlagevermögens im Wert um 50 % reduziert worden. *Altlastenrückstellungen* wurden nur gebildet sofern es einen Beschluss zur Sanierung gibt.

Der Betrag der Altlastenrückstellung verringert sich durch den teilweisen Verbrauch bei drei Maßnahmen um 563.906,61 €. Es bestehen zum 31.12.2016 Altlastenrückstellungen für fünf Grundstücke mit einem Betrag von insgesamt 1.959.768,45 €.

Es wurde keine *Steuerrückstellung* in dem Geschäftsjahr 2016 gebucht.

Verfahrensrückstellungen wurden für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren gebildet. Für ein neues Verfahren wurden 5.000,00 € zurückgestellt.

Eine gravierende Reduzierung ergab sich im Jahr 2016 bei den Verfahrensrückstellungen. Der Bestand des Vorjahres von 3.599.581,70 € wurde um 2.696.214,68 € verringert. Dies beruht vorwiegend auf dem Verbrauch von Rückstellungen für die drohenden Rückzahlungen aus Erbbaurechtsverträgen, die erst im Vorjahr dieser Bilanzposition zugeordnet worden sind. Diese Rückstellungen wurden durch Auszahlungen in Höhe von 2.623.471,30 € in Anspruch genommen.

Drei weitere Verfahrensrückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren wurden aufgelöst, fünf Rückstellungen wurden verbraucht und eine Rückstellung wurde teilweise in Anspruch genommen. Zudem wurde eine neue Verfahrensrückstellung gebildet. Hierdurch ergibt sich insgesamt eine weitere Verringerung der Verfahrensrückstellungen um 127.693,05 €.

Die *Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist*, steigen zum 31.12.2016 von dem Vorjahreswert von 1.478.034,11 € auf 4.278.922,61 €. Dieser Betrag setzt sich größtenteils aus der Unterhaltung von Hochbauten (2.781.422,00 €), Kostenerstattungen im Rahmen der Jugendhilfe (600.000,00 €) und der Betriebskosten angemieteter Gebäude und Räume (127.900,00 €) zusammen. Rückstellungen für bereits erhaltene aber noch nicht abgerechnete Investitionen in das Anlagevermögen wurden nicht gebildet.



Unter den *sonstigen Rückstellungen* wurden Verpflichtungen aus ungewissen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Bildung von Bauerneuerungsrückstellungen ist seit dem 31.12.2009 nach HGB nicht mehr zulässig. Sofern von Geschäftsbesorgern im Rahmen der Jahresabrechnungen Bauerneuerungsrückstellungen ausgewiesen worden sind, sind diese der Vollständigkeit der Abrechnung halber auch auf Seiten der Hansestadt gebucht worden. In einem zweiten Schritt wurden sie jedoch auf einem separaten Konto wieder aufgelöst.

Seit der Änderung der GemHVO-Doppik vom 02.12.2014 wurde die Möglichkeit zur Bildung von sonstigen Rückstellungen eingeschränkt. Diese dürfen nur noch für Betriebe gewerblicher Art der Hansestadt steuerrechtlich gebildet werden.

Im Vorjahr bestanden drei derartige Rückstellungen. Im Geschäftsjahr 2016 wurde eine dieser Rückstellungen verbraucht. Die übrigen beiden Rückstellungen bleiben weiter bestehen.

4 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016
Verb. aus Krediten für Investitionen	577.823.696,00	-26.759.429,82	551.064.266,18
Verb. aus Kassenkrediten	208.000.000,00	-18.800.000,00	189.200.000,00
Verb. aus Vorgängen, die Kredit wirtschaftl. gleich	356.527,83	47.325,86	403.853,69
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.691.481,64	3.932.230,12	18.623.711,76
Verb. Transferleistung	1.168.596,22	-286.071,17	882.525,05
Sonstige Verbindlichkeiten	35.690.465,40	-7.260.845,94	28.429.619,46
Summe:	837.730.767,09	-49.126.790,95	788.603.976,14

Nähere Angaben sind dem Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen. Dort sind auch die Verbindlichkeiten nach ihren Fristigkeiten getrennt ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag hat die Hansestadt Lübeck keine Anleihen emittiert.

Kredite für Investitionen wurden sowohl am privaten Kapitalmarkt (471,6 Mio. €) aufgenommen als auch vom öffentlichen Bereich (79,4 Mio. €). Im Vergleich zum Vorjahr bestehen 5,1 Mio. € weniger Darlehen vom privaten Kreditmarkt und 21,6 Mio. € weniger Investitionskredite vom öffentlichen Bereich; dies entspricht einer Verringerung um 4,6 %. Auf die Darstellungen in der Finanzrechnung sei hier verwiesen.

Für Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wurden aufgrund der Rechtsform als Anstalt des öffentlichen Rechts zunächst den Krediten für Investitionen vom öffentlichen Bereich zugeordnet. Aufgrund der Konkretisierung der Verwaltungsvorschrift über den Kontenrahmen für die Haushalte der Gemeinden (VV-Kontenrahmen), Darlehen dieser Anstalt bei den Kreditanstalten zuzuordnen, werden diese ab dem Jahresabschluss 2017 unter den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen vom privaten Kreditmarkt ausgewiesen.

Die Kassenkredite wurden zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Hansestadt Lübeck aufgenommen. Die Entwicklung der Kassenkredite wird im Lagebericht ausführlicher erläutert.



Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen setzen sich neben Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (10,8 Mio. €) und zu früh oder doppelt erhaltenen Forderungsbeträgen hieraus (1,8 Mio. €) hauptsächlich aus Verbindlichkeiten gegenüber den Eigenbetrieben und Beteiligungen (5,7 Mio. €) und Geschäftsbesorgern (0,3 Mio. €) der Hansestadt Lübeck zusammen. Die Erhöhung dieser Position gegenüber dem Vorjahr resultiert vorwiegend aus einer Steigung der eigentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im engeren Sinne um 2,0 Mio. €.

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen bestehen zum 31.12.2016 in Höhe von ca. 0,9 Mio. €. Es handelt sich hierbei um Leistungen der Hansestadt Lübeck an Dritte, die ohne eine konkrete Gegenleistung erbracht werden. Insbesondere sind hier Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, wie z. B. für Kindertagesstätten oder Schulen erfasst, aber auch Sozialtransferaufwendungen, die beschieden aber noch nicht an die entsprechenden Empfänger ausgezahlt worden sind.

Als Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen wurde eine Leibrentenverpflichtung bilanziert, die mit ihrem Barwert angesetzt wurde.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten unter anderem Posten für Rechnungen, die das Wirtschaftsjahr 2016 betreffen, aber erst später eingegangen sind. Gegenüber den Rückstellungen für im Haushaltjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist, ist bei diesen Verbindlichkeiten der Rechnungsbetrag bereits bekannt. Derartig gebildete Verbindlichkeiten liegen zum 31.12.2016 in Höhe von 4,4 Mio. € vor. Eine bereits im Dezember 2016 erhaltene Abschlagszahlung für das Wirtschaftsjahr 2017 von dem Innenministerium des Landes für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Höhe von 4,3 Mio. € wird unter den sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert. Weitere erhaltene Anzahlungen liegen in Höhe von 3,6 Mio. € vor. Auch abgebildet unter den sonstigen Verbindlichkeiten werden Einnahmen der Unterhaltspflichtigen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (3,0 Mio. €).

Ferner ausgewiesen sind Umsatzsteuerverpflichtungen (1,2 Mio. €).

Verbindlichkeiten in Fremdwährungen lagen am Bilanzstichtag nicht vor.

5 Passive Rechnungsabgrenzung (PRAP)

PRAP	31.12.2015	Entwicklung	31.12.2016
Summe	26.086.187,17		25.853.451,80
<i>Zugang</i>		+2.488.784,04	
<i>Abgang</i>		-2.721.519,41	

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind vor dem Bilanzstichtag eingegangene Einzahlungen auszuweisen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Dabei wurden nur Einzelfälle über 5.000,00 € abgegrenzt.

Der weit überwiegende Teil der passiven Rechnungsabgrenzung mit einem Betrag von 20,2 Mio. € betrifft in der Vergangenheit bezahlte Grabnutzungsentgelte, die über die vorgesehene Ruhefrist aufgelöst werden. Die Summe aus Zugängen und Abgängen ergibt insgesamt eine Verringerung im Wirtschaftsjahr 2016 von 0,3 Mio. €.

Die größten Bewegungen auf dem Konto Jahr 2016 bedingen sich neben der Auflösung der Rechnungsabgrenzungsposten zu den Grabnutzungsentgelten in Höhe von 0,3 Mio. €, insbesondere aus dem Verbrauch früher gebildeter passiver Rechnungsabgrenzungsposten für erhaltenen Geldern für die Hansestadt Lübeck in der Funktion als Schullastträger in Höhe von 1,3 Mio. €, sowie die Auflösung passiver Rechnungsabgrenzungsposten aus erhaltenen Transferleistungen zum SGB XII in Höhe von 0,7 Mio. €.



Ergebnisrechnung

1. Erträge

Auf das beigefügte Formular der Ergebnisrechnung und die Erläuterungen im Lagebericht wird verwiesen.

ordentliche Erträge	Ist 2015	Ist 2016
Steuern und ähnliche Abgaben	209.487.879,91	235.451.937,08
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	262.209.978,11	285.321.153,57
Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	223.958.062,54	239.328.861,75
Sonstige Erträge	34.874.027,42	44.909.494,28
Summe	730.529.947,98	805.011.446,68

Die ordentlichen Erträge sind seit der Umstellung auf die doppelte Buchhaltung kontinuierlich gestiegen und übersteigen den Höchstwert des Vorjahres nochmals um 74,5 Mio. €.

Nach einem kurzzeitigen Absinken der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben im Vorjahr steigen diese im Jahr 2016 um 26,0 Mio. € (12,4 %). 20,9 Mio. € dieses Anstiegs beruhen auf der Entwicklung der Gewerbesteuererträge auf 98,0 Mio. €. Demgegenüber sinken die Erträge aus der mit Beschluss der Bürgerschaft vom 27.11.2014 aufgehobenen Übernachtungssteuer um 0,4 Mio. € auf 14 T€.

Höhere Erträge konnten bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer mit einem Betrag von 74,0 Mio. € (+ 3,3 Mio. €) verzeichnet werden.

Die Zunahme der Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen dauert mit einem Anstieg zum Jahresabschluss 2016 um 23,1 Mio. € weiter an. Dies basiert vorrangig auf den um 15,1 Mio. € (12,6 %) gestiegenen Schlüsselzuweisungen und den Erträgen aus Zuwendungen für laufende Zwecke vom Land, die um 5,9 Mio. € und damit 20,6 % angestiegen sind.

Die Erträge aus Leistungsentgelten, Kostenerstattungen und Kostenumlagen stiegen insgesamt um 15,4 Mio. €. Diese Steigerung resultiert überwiegend auf den Kostenerstattungen und Kostenumlagen, die um 13,2 Mio. € höher ausfallen als im Vorjahr. Signifikant hierbei ist der Anstieg der Kostenerstattung vom Land, die sich insbesondere in dem Produkt Hilfe für Asylbewerber widerspiegelt.

Die sonstigen Erträge setzen sich aus den aktivierten Eigenleistungen (2,6 Mio. €), den Bestandsveränderungen und den sonstigen ordentlichen Erträgen (42,3 Mio. €) zusammen.

Der Anstieg der sonstigen ordentlichen Erträge um 8,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr ergibt sich überwiegend aus den um 8,8 Mio. € gestiegenen Erträgen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden. Die Erträge aus der Auflösung und Herabsetzung von Rückstellungen verringern sich um 0,9 Mio. €, während die Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen um 1,2 Mio. € angestiegen sind.



2. Aufwendungen

Auf das beigefügte Formular der Ergebnisrechnung und die Erläuterungen im Lagebericht wird verwiesen.

Aufwendungen	Ist 2015	Ist 2016
Personal- und Versorgungsaufwendungen	175.610.275,23	184.596.343,99
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	67.556.717,01	71.895.374,38
Transferaufwendungen	297.620.581,44	323.049.310,29
Sonstige ordentliche Aufwendungen	122.579.350,46	128.120.091,87
Bilanzielle Abschreibungen	44.283.557,44	49.955.434,85
Summe	707.650.481,58	757.616.646,38

Die Aufwendungen erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 50,0 Mio. €. Die Verteilung auf die einzelnen Aufwandsarten hat sich hierbei gegenüber dem Vorjahr nicht entscheidend geändert.

Mit einem Betrag von 323,0 Mio. € stellen die Transferaufwendungen mit 42,6 % (Vorjahr 42,1 %) den größten Anteil der Aufwendungen dar. Sie steigen gegenüber dem Vorjahr um 25,4 Mio. €. Ein Anstieg ist hierbei insbesondere bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu verzeichnen. Die Zunahme der Aufwendungen um 13,8 Mio. € korrespondieren hierbei mit den Erträgen aus den Erstattungen vom Land für diese Leistungen. Gegenüber dem Anstieg der Gewerbesteuererträge sind auch die Aufwendungen aus der Gewerbesteuerumlage um 3,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 9,0 Mio. € und damit 5,1 % gestiegen. Hierbei steigen die Personalaufwendungen um 5,3 Mio. € und damit 3,5 %, während die Versorgungsaufwendungen um 3,7 Mio. € und damit 16,1 % steigen. Bedeutende Entwicklungen bei diesen Aufwendungen sind nicht erkennbar.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sinken im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 Mio. €. Diese Position der ordentlichen Aufwendungen setzt sich aus Aufwendungen für eine Vielzahl von Verwaltungsleistungen zusammen, bei denen jedoch keine signifikante Veränderung gegenüber dem Vorjahr zu erkennen ist.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 Mio. €. Erkennbar hierbei ist ein Anstieg der Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist. Hier sind 2,6 Mio. € mehr Aufwendungen angefallen als im Vorjahr.

Der Wert der bilanziellen Abschreibungen ist im Vergleich zum Vorjahr um 5,7 Mio. € gestiegen. Die darin enthaltenen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 Mio. € angestiegen. Die Ausbuchungen von Restbuchwerten aufgrund von Anlagenabgängen sind um 1,3 Mio. € auf insgesamt 3,1 Mio. € gestiegen. Zudem hat sich der Aufwand für die Ausbuchung nicht werthaltiger Forderungen um 1,6 Mio. € auf 2,6 Mio. € erhöht.

Nach den Verwaltungsvorschriften für den Kontenrahmen und den Zuordnungsvorschriften sind unter bilanziellen Abschreibungen weitere Positionen zu buchen. So werden hier ebenfalls die Abgänge von Sach- und Finanzanlagen dargestellt, denen gegenüber im Falle eines Verkaufes ein Verkaufserlös bei den sonstigen ordentlichen Erträgen gebucht wird. Auch Abschreibungen auf das



Umlaufvermögen oder auf aktive Rechnungsabgrenzungsposten, die im Falle von gewährten Zuwendungen der Hansestadt zu bilden sind, werden in dieser Aufwandsposition niedergelegt.

3. Jahresergebnis

Auf die Erläuterungen im Lagebericht sei verwiesen.

Jahresergebnis	Ist 2015	Ist 2016
Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit	22.879.466,40	47.394.800,30
Finanzergebnis	-19.185.918,60	-16.924.011,24
außerordentliches Ergebnis	-366.070,84	854.871,52
Ergebnis aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00
Jahresergebnis	3.327.476,96	31.325.660,58

Das Jahresergebnis ist wiederum erheblich besser ausgefallen als es ursprünglich geplant werden konnte. Erwartet wurde ein Jahresfehlbetrag von 76,8 Mio. €. Seit Einführung der doppelischen Rechnungslegung wurde erstmalig ein Jahresüberschuss erreicht, der mit 31,3 Mio. € im zweistelligen Millionenbereich liegt. Das Ergebnisaus laufender Verwaltungstätigkeit konnte mit einem Wert von 47,4 Mio. € abgeschlossen werden, womit die Planung dieses Ergebnisses um 96,9 Mio. € übertroffen wurde.

Im Jahresabschluss ergibt sich ein positives außerordentliches Ergebnis von 854.871,52 €. Dieses Ergebnis resultiert aus weiterhin erforderlichen Korrekturen an der Eröffnungsbilanz.

Die Gutschrift auf eine Rechnung aus dem Vorjahr in Höhe von 556,30 € sowie zwei Erstattungen für Sachbeschädigungen an Schulen mit einem Betrag von insgesamt 114,86 € werden unter den außerordentlichen Erträgen ausgewiesen.

Zudem führen Kassenüberschüsse von insgesamt 98,84 € zu außerordentlichen Erträgen.

Darüber hinaus dürfen mit dem Jahresabschluss 2016 entsprechend der Regelung nach § 56 Abs. § GemHVO-Doppik keine ergebnisneutralen Eröffnungsbilanzkorrekturen mehr vorgenommen werden. Wurde deutlich, dass dennoch Korrekturen notwendig sind, so werden diese nun im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen. Durch Korrekturen an der Eröffnungsbilanz ergeben sich folgende Veränderungen:



Korrekturbilanz	Änderung pro Kontengruppe	Summe
1 Anlagevermögen		1.650.176,99
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	
1.2 Sachanlagen	1.650.176,99	
1.3 Finanzanlagen	0,00	
2 Umlaufvermögen		0,00
2.1 Vorräte	0,00	
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,00	
2.4 Liquide Mittel	0,00	
3 Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Summe Aktiv		1.650.176,99
1 Eigenkapital		0,00
1.2 Sonderrücklagen	0,00	
1.3 Ergebnismrücklage	0,00	
2 Sonderposten		796.075,47
2.1 für aufzulösende Zuschüsse	0,00	
2.2 für aufzulösende Zuweisungen	796.075,47	
2.3 für Beiträge	0,00	
2.5 für Treuhandvermögen	0,00	
2.7 Sonstige Sonderposten	0,00	
3 Rückstellungen		0,00
3.1 Pensionsrückstellungen	0,00	
3.2 Altersteilzeitrückstellungen	0,00	
3.4 Altlastenrückstellung	0,00	
3.5 Steuerrückstellung	0,00	
3.6 Verfahrensrückstellung	0,00	
3.9 Sonstige andere Rückstellungen	0,00	
4 Verbindlichkeiten		0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	
5 Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Summe Passiv		796.075,47
Aktiv ./ Passiv		+854.101,52

Wesentliche Änderungen umfassen die Umsetzung von Eröffnungsbilanzkorrekturen bereits bilanzierter Sachanlagen hinsichtlich des Anlagevermögens und der dazu ggf. korrespondierenden Sonderposten. So hat sich durch Eröffnungsbilanzkorrekturen der Wert der Sachanlagen insgesamt um 1,7 Mio. € erhöht. Diese Werterhöhung kam insbesondere durch eine Nachaktivierung zu einer Straße zustande.

Die Erhöhung der Sonderposten um 0,8 Mio. € ist auf eine nachträgliche Erfassung der korrespondierenden nacherfassten Sonderposten zuvor genannter Straße zurückzuführen.

Im Rahmen der internen Leistungsbeziehungen werden Aufwendungen und Erträge auf Grundlage der Kostenrechnung den verursachenden Produkten zugerechnet. Zusätzliche Aufwendungen und Erträge entstehen hieraus nicht.

Darüber hinaus werden Leistungen zwischen Bereichen der Hansestadt erfolgswirksam gebucht, wenn sie aus eigener Wertschöpfung entstanden sind. Beispielsweise stellen die im Stadtwald selbst



gezogenen Weihnachtsbäume, die den Kindertagesstätten zur Verfügung und in Rechnung gestellt werden, zusätzliche Leistungen dar, die nicht erfolgsneutral gebucht werden können.

In der Ergebnisrechnung werden diese Leistungsbeziehungen danach getrennt ausgewiesen, ob sie als budgetrelevant oder nicht budgetrelevant gelten. Damit wird das landesrechtlich vorgegebene Formular der Ergebnisrechnung freiwillig um zusätzliche Informationen erweitert.

Mit dem Jahresabschluss 2016 wurden die internen Leistungsbeziehungen der Hansestadt Lübeck in dem Formular der Ergebnisrechnung nicht mehr getrennt nach ihrer Budgetrelevanz ausgewiesen. Der Ausweis des Ergebnisses aus internen Leistungsbeziehungen erfolgt im nachrichtlichen Teil der Ergebnisrechnung. Im Zuge dieser Veränderung wurden die Bezeichnungen „Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen“ und „Ergebnis nach interner Leistungsabrechnung –Budgetergebnis–“ reduziert auf die Zeile „Jahresergebnis“.



III Ergänzende Hinweise

A. Noch nicht erhobene Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen

Gemäß § 51 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO-Doppik ist darauf hinzuweisen, für welche fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen noch keine Erschließungsbeiträge erhoben worden sind.

Zum 31. Dezember 2016 besteht keine Erschließungsmaßnahme, für welche noch nicht die Beiträge erhoben worden sind.

B. Derivative Finanzinstrumente

Gemäß § 51 Abs. 2 Nr. 6 GemHVO-Doppik sind Art und Umfang derivativer Finanzinstrumente zu erläutern.

Für den Jahresabschluss 2016 werden zwei derivative Finanzinstrumente mit einem Nominalvolumen in Höhe von 13,9 Mio. € und 8,4 Mio. € per 31.12.2016 gemeldet.

Insgesamt gibt es bei der Hansestadt Lübeck zwei Zinsswapverträge mit einem nominalen Startvolumen von 24,8 Mio. € bzw. 27,9 Mio. €. Aus diesen Verträgen zahlt die Hansestadt Lübeck einen festen Zinssatz und empfängt jeweils den 3-Monats-EURIBOR. Die Swap-Vereinbarungen dienen zur Absicherung von Zinsrisiken. Die Laufzeit und das Volumen der Swaps sind nicht höher als das Grundgeschäft. Es besteht Konnexität zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft, so dass Swaps und Darlehen eine sog. Bewertungseinheit bilden. Aufgrund der Strukturierung der bestehenden Vereinbarungen ergeben sich derzeit grundsätzlich keine Risiken für die Hansestadt Lübeck, für die eine Rückstellung zu bilden wäre.

Erstmals im Jahr 2015 ist der 3-Monats-EURIBOR allerdings negativ geworden. Daraufhin hat sich bei einem Vertrag der Zahlungsstrom im Swap umgedreht. Das heißt, Zahler der variablen Beträge sollte von diesem Zeitpunkt an die Hansestadt sein. Da der negative Zins aus dem variablen Darlehen jedoch nicht ausbezahlt wird (lediglich die Marge wird gegengerechnet), entstehen der Hansestadt dadurch Mehrbelastungen in Höhe des variablen Betrages. Gegen diese Vorgehensweise wurde Widerspruch eingereicht. Ein Ergebnis hieraus liegt bisher noch nicht vor. Für den strittigen Betrag wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 bereits eine Verbindlichkeit gebildet. Bei dem anderen Swap-Vertrag werden die variablen Belastungen bei 0,00% gefloort, wodurch keine Mehrbelastungen entstehen.

Im Geschäftsjahr wurden keine weiteren derivativen Geschäfte vereinbart.

C. Umrechnung von Fremdwährungen

Gemäß § 50 Abs. 1 Satz 7 GemHVO-Doppik ist die Umrechnung von Fremdwährungen darzustellen. Fremdwährungsbestände lagen zum Stichtag nicht vor. Die Bewertung erfolgt – wenn erforderlich – zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag.

D. Kostenunterdeckungen im Gebührenhaushalt

Gemäß § 50 Abs. 1 Satz 2 GemHVO-Doppik sind Kostenunterdeckungen in Gebührenhaushalten, die ausgeglichen werden sollen, im Anhang zu erläutern. Zum Bilanzstichtag bestanden keine Kostenunterdeckungen, die ausgeglichen werden sollen.

E. Haftungsverhältnisse und Bürgschaften

Unterhalb der Bilanz sind die Haftungsverhältnisse nachrichtlich auszuweisen. Zum 31. Dezember 2016 hatte die Hansestadt Lübeck 66 Bürgschaften im Umfang von 61,6 Mio. € (Ursprungshöhe: 184,9 Mio. €) übernommen.

Hiervon entfallen 53,3 Mio. € (Ursprungshöhe: 167,0 Mio. €) auf Bürgschaften zugunsten städtischer Beteiligungen, 5,8 Mio. € (Ursprungshöhe 11,6 Mio. €) zugunsten von Stiftungen und 2,5 Mio. € (Ursprungshöhe: 6,4 Mio. €) zugunsten von übrigen Schuldnern.



Eine Übersicht über die Bürgschaften ist als Anlage beigelegt.

Darüber hinaus bestehen zwei Patronatserklärungen zugunsten der Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH und der KWL GmbH mit einem zugrundeliegenden Darlehensbetrag in Höhe von 4,0 Mio. € und in Höhe von 6,5 Mio. €.

F. Verpflichtungen aus kreditähnlichen Geschäften

Bei den kreditähnlichen Geschäften handelt es sich um eine Leibrente, die im Zusammenhang mit dem Kauf von Liegenschaften als Kaufpreis vereinbart wurde. Auf den Verbindlichkeitspiegel wird verwiesen.

Daneben hat die Stadt Aufwendungen aufgrund bereits zum Anfang des Geschäftsjahrs bestehenden Leasingverträge für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen im Umfang von jährlich rund 46,7 T€. Diese Verträge, die zwischen 2019 und 2022 enden, liegen ein Gesamtvolumen von insgesamt 239,8 T€ zugrunde. Zudem wurde im Jahr 2016 ein weiteres Fahrzeug mithilfe von Leasinggeschäften mit einem Gesamtvolumen von 145,2 T€ angeschafft.

Lübeck, den 31.01.2018

Bernd Saxe

Bürgermeister der
Hansestadt Lübeck



Anlagen zum Anhang nach § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik





Anlagenspiegel



Anlagenspiegel GJ 2016

Stand 23.11.2017

Anlagevermögen MANDANT: 100		Anschaffung- und Herstellkosten					Abschreibungen				Restbuchwert am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwert am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Kennzahlen	
		Anfangsbestand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endbestand	Anfangsbestand	Zugang, d.h. Abschreibungen im Haushaltsjahr	Abgang, d.h. angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 5 ausgewiesenen Abgänge	Endbestand			Durchschn. Abschreibungssatz	Durchschn. Restbuchwert
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	v.H.	v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
01	1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	19.956.742,23	545.813,13	211.020,42	630.129,15	20.921.664,09	10.270.926,94	789.580,76	198.760,90	10.861.746,80	10.059.917,29	9.685.815,29	3,8	48,1
	Summe Immaterielles Vermögen	19.956.742,23	545.813,13	211.020,42	630.129,15	20.921.664,09	10.270.926,94	789.580,76	198.760,90	10.861.746,80	10.059.917,29	9.685.815,29	3,8	48,1
02	1.2 Sachanlagen													
	1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	231.095.235,41	478.720,79	1.569.834,71	-267.388,70	229.736.732,79	3.335.647,84	182.336,36	0,00	3.517.984,20	226.218.748,59	227.759.587,57	0,1	98,5
	1.2.1.1 Grünflächen	69.671.987,90	227.170,06	15.875,34	-154.992,75	69.728.289,87	3.335.572,86	178.472,36	0,00	3.513.116,70	66.215.173,17	66.336.415,04	0,3	95,0
	1.2.1.2 Ackerland	11.245.998,81	1.443,20	0,00	14.410,09	11.261.852,10	0,00	0,00	0,00	0,00	11.261.852,10	11.245.998,81	0,0	100,0
	1.2.1.3 Wald, Forsten	42.820.404,06	0,00	0,00	14.044,31	42.834.448,37	0,00	0,00	0,00	0,00	42.834.448,37	42.820.404,06	0,0	100,0
	1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	107.356.844,64	250.107,53	1.553.959,37	-140.850,35	105.912.142,45	74,98	3.864,00	0,00	4.867,50	105.907.274,95	107.356.769,66	0,0	100,0
03	1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	470.591.194,00	2.418.276,95	1.340.293,47	11.608.712,60	483.277.890,06	179.519.650,06	14.354.028,32	1.115.575,40	193.392.541,42	289.885.348,66	291.071.543,94	3,0	60,0
	1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	24.301.603,66	36.606,96	0,01	4.689.703,38	29.027.913,99	12.088.579,10	734.400,33	0,00	12.822.979,43	16.204.934,56	12.213.024,56	2,5	55,8
	1.2.2.2 Schulen	285.580.958,92	59.559,95	67.059,78	1.977.821,23	287.551.280,32	90.943.907,66	4.737.704,15	67.059,75	95.614.552,06	191.936.728,26	194.637.051,26	1,6	66,7
	1.2.2.3 Wohnbauten	5.949.176,43	0,00	39.847,21	10.391,99	5.919.721,21	2.025.502,34	54.997,99	27.425,76	2.053.074,57	3.866.646,64	3.923.674,09	0,9	65,3
	1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	154.759.454,99	2.322.110,04	1.233.386,47	4.930.796,00	160.778.974,56	74.461.660,96	8.826.925,85	1.021.089,89	82.901.935,36	77.877.039,20	80.297.794,03	5,5	48,4
04	1.2.3 Infrastrukturvermögen	707.838.433,47	6.232.821,39	2.850.108,11	7.295.089,23	718.516.235,96	309.653.063,34	18.967.319,07	1.599.922,12	327.066.395,17	391.449.840,81	398.185.370,13	2,6	54,5
	1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	100.779.414,39	287.516,43	1.245.584,72	681.418,96	100.502.765,06	21.879,09	3.447,00	0,00	25.326,09	100.477.438,97	100.757.535,30	0,0	100,0
	1.2.3.2 Brücken und Tunnel	109.046.358,71	154.005,82	0,00	281.994,79	109.482.359,32	25.414.388,71	1.577.489,61	0,00	26.991.878,32	82.490.481,00	83.631.970,00	1,4	75,3
	1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung u. Sicherheitsanl.	39.916.600,07	38.153,53	0,00	1.645.395,50	41.600.149,10	22.203.095,07	1.441.782,02	0,00	23.644.877,09	17.955.272,01	17.713.505,00	3,5	43,2
	1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.820.952,87	0,00	0,00	0,00	2.820.952,87	1.859.409,87	50.180,00	0,00	1.909.589,87	911.363,00	961.543,00	1,8	32,3
	1.2.3.5 Straßennetze mit Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungsanl.	241.537.504,89	5.637.051,31	1.584.815,38	4.060.289,18	249.650.030,00	114.153.220,11	7.747.808,97	1.580.482,86	120.320.546,22	129.329.483,78	127.384.284,78	3,1	51,8
	1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	213.737.602,54	116.094,30	19.708,01	625.990,80	214.459.979,63	146.001.070,49	8.146.611,47	19.439,26	154.174.177,58	60.285.802,05	67.736.532,05	3,8	28,1
05	1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	1.760.884,17	0,00	0,00	0,00	1.760.884,17	910.482,17	22.051,00	0,00	932.533,17	828.351,00	850.402,00	1,3	47,0
06	1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	60.790.877,37	17.664,59	0,00	222.649,35	61.031.191,31	528.049,02	56.484,06	0,00	584.533,08	60.446.658,23	60.262.828,35	0,1	99,0
07	1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	81.308.409,13	2.393.209,05	1.463.562,95	2.890.017,43	85.128.072,66	54.175.309,63	4.486.656,84	1.447.317,31	57.214.649,16	27.913.423,50	27.133.099,50	5,3	32,8
08	1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	49.418.094,07	4.088.582,18	1.578.438,06	1.371.998,58	53.300.236,77	29.043.303,53	4.179.818,14	1.575.709,71	31.647.411,96	21.652.824,81	20.374.790,54	7,8	40,6
09	1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anzahlungen im Bau	37.186.030,78	41.565.965,65	96.647,47	-22.814.959,21	55.840.389,75	0,00	0,00	0,00	0,00	55.840.389,75	37.186.030,78	0,0	100,0
	Summe Sachanlagevermögen	1.639.989.158,40	57.195.240,60	8.898.884,77	306.119,28	1.688.591.633,51	577.165.505,59	42.248.693,79	5.738.524,54	614.356.048,16	1.074.235.585,35	1.062.823.652,81	2,5	63,6
	1.3 Finanzanlagen													
10	1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	94.061.423,18	0,00	28.801,45	0,00	94.032.621,73	0,00	0,00	0,00	0,00	94.032.621,73	94.061.423,18	0,0	100,0
11	1.3.2 Beteiligungen	4.754.510,51	0,00	0,00	0,00	4.754.510,51	0,00	0,00	0,00	0,00	4.754.510,51	4.754.510,51	0,0	100,0
12	1.3.3 Sondervermögen	125.242.684,05	0,00	0,00	0,00	125.242.684,05	0,00	0,00	0,00	0,00	125.242.684,05	125.242.684,05	0,0	100,0
13	1.3.4 Ausleihungen	11.500.000,00	-11.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.500.000,00	0,0	0,0
	1.3.4.1 Ausleihungen an verb. Unternehmen, Beteilig., SV	11.500.000,00	-11.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.500.000,00	0,0	0,0
	1.3.4.2 Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
14	1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	8.274.623,67	1.342.491,90	0,00	0,00	9.617.115,57	0,00	0,00	0,00	0,00	9.617.115,57	8.274.623,67	0,0	100,0
	Summe Finanzanlagevermögen	243.833.241,41	-10.157.508,10	28.801,45	0,00	233.646.931,86	0,00	0,00	0,00	0,00	233.646.931,86	243.833.241,41	0,0	100,0
	Gesamtsumme	1.903.779.142,04	47.583.545,63	9.138.706,64	936.248,43	1.943.160.229,46	587.436.432,53	43.038.274,55	5.937.285,44	625.217.794,96	1.317.942.434,50	1.316.342.709,51	2,2	67,8





Forderungsspiegel



FORDERUNGSSPIEGEL 2016

Art der Forderung		Gesamtbetrag des Haushalts- jahres in EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR
			bis zu 1 Jahr in EUR	1 bis 5 Jahre in EUR	mehr als 5 Jahre in EUR	
1	2	3	4	5	6	7
161	2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	14.477.014,17	14.068.918,02	0,00	408.096,15	12.766.471,22
169	2.2.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	15.551.038,36	9.318.063,45	0,00	6.232.974,91	11.641.492,90
171	2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	7.494.501,41	7.494.501,41	0,00	0,00	9.054.219,17
179	2.2.4 Sonstige privatrechtliche Forderungen	6.520.214,35	6.520.214,35	0,00	0,00	7.071.423,79
178	2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	49.457.660,58	18.784.351,04	12.174.622,09	18.498.687,45	51.940.101,74
	Summe	93.500.428,87	56.186.048,27	12.174.622,09	25.139.758,51	92.473.708,82





Verbindlichkeitspiegel



Verbindlichkeitspiegel 2016

Art der Verbindlichkeit ¹		Gesamtbetrag des Haushalts- jahres in EUR	mit einer Restlaufzeit ² von			Gesamtbetrag des Vorjahres in EUR
			bis zu 1 Jahr in EUR	1 bis 5 Jahre in EUR	mehr als 5 Jahre in EUR	
1 ³	2	3	4	5	6	7
30	4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	-551.064.266,18	-37.451.550,72	-187.522.001,97	-326.090.713,49	-577.823.696,00
321-	4.2.1 von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
321-	4.2.2 vom öffentlichen Bereich	-79.422.862,39	-38.250,00	-1.976.876,39	-77.407.736,00	-84.552.676,49
321-	4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	-471.641.403,79	-37.413.300,72	-185.545.125,58	-248.682.977,49	-493.271.019,51
33	4.3 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	-189.200.000,00	-30.000.000,00	-159.200.000,00	0,00	-208.000.000,00
34	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-403.853,69	0,00	0,00	-403.853,69	-356.527,83
35	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-18.623.711,76	-18.623.711,76	0,00	0,00	-14.691.481,64
36	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	-882.525,05	-882.525,05	0,00	0,00	-1.168.596,22
37	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	-28.429.619,46	-19.409.306,40	-4.615.532,43	-4.404.780,63	-35.690.465,40
	Summe	-788.603.976,14	-106.367.093,93	-351.337.534,40	-330.899.347,81	-837.730.767,09
		-	-	-	-	-
	Nachrichtlich	-	-	-	-	-
	Schulden aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, soweit nicht in der Bilanzposition 4.4 enthalten.	301.695,72	-	73.735,69	227.960,03 €	216.892,08
	Schulden der Sondervermögen ⁴ mit Sonderrechnung	-	-	-	-	-
	- aus Krediten	170.605.044,20	13.164.467,71	50.310.546,36	107.130.030,13	182.933.590,52
	Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL)	164.914.515,78	12.684.825,25	48.068.516,28	104.161.174,25	176.865.807,25
	Kurbetrieb Travemünde (KBT)	1.188.750,00	105.000,00	420.000,00	663.750,00	1.293.750,00
	Lübecker Schwimmbäder	4.501.778,42	374.642,46	1.822.030,08	2.305.105,88	4.774.033,27
	SeniorInneneinrichtungen	-	-	-	-	-
	- aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-	-	-

¹ siehe auch § 48 Abs. 4 GemHVO-Doppik.

² Als Restlaufzeit gilt der Zeitraum zwischen dem Abschlussstichtag des Jahresabschlusses und dem Zeitpunkt des vollständigen Ausgleichs der Verbindlichkeit.

³ Die Ziffern geben an, in welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wird.

⁴ Die Angaben sind zu trennen nach den verschiedenen Sondervermögen (z.B. Stadtwerke, Krankenhaus usw.)





Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen



Anlage 27, Muster zu § 51 Abs. 3 Nr. 4 GemHVO-Doppik

Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen

I. Übersicht über die übertragenen Aufwendungen nach § 23 Abs. 1 GemHVO-Doppik

Produktgruppe/Unterproduktgruppe				
Nummer	Bezeichnung	übertragen auf das neue Haushaltsjahr in EUR	davon gebunden in EUR	davon frei verfügbar in EUR
1	2	3	4	5
111	Verwaltungssteuerung und -service	3.080.221,00	3.080.221,00	0,00
211	Grundschulen	41.737,00	41.737,00	0,00
217	Gymnasien, Kollegs	47.385,00	47.385,00	0,00
218	Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen	9.143,00	9.143,00	0,00
221	Sonderschulen	12.028,00	12.028,00	0,00
233	Berufsschulen	71.078,00	71.078,00	0,00
251	Wissenschaft und Forschung	493.913,35	493.913,35	0,00
315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendhilfe)	27.889,92	27.889,92	0,00
424	Sportstätten und Bäder	14.670,00	14.670,00	0,00
547	ÖPNV	1.135.055,53	1.135.055,53	0,00
552	Öffentliche Gewässer / Wasserbauliche Anlagen	39.388,10	39.388,10	0,00
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	850.000,00	850.000,00	0,00
Summe		5.822.508,90	5.822.508,90	0,00

II. Übersicht über die übertragenen Auszahlungen nach § 23 Abs. 2 GemHVO-Doppik

Produktgruppe/Unterproduktgruppe				
Nummer	Bezeichnung	übertragen auf das neue Haushaltsjahr in EUR	davon gebunden in EUR	davon frei verfügbar in EUR
1	2	3	4	5
111007	IT-Architekturmanagement/IT-Service	480.663,00	614.463,00	-133.800,00
111008	Zentrale Personalarbeit	1.100,00	1.100,00	0,00
111012	Haushalt und Steuerung	50.000,00	50.000,00	0,00
111014	Beteiligungscontrolling	76.222,00	76.222,00	0,00
111016	Buchhaltung und Finanzen	4.100,00	76.013,00	-71.913,00
111020	Grundstücksmanagement	110.284,00	112.000,00	-1.716,00
111025	Archiv	0,00	3.820,00	-3.820,00
111029	Gebäudemanagement	18.600.325,54	17.237.297,70	1.363.027,84
122004	Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz	4.690,00	4.690,00	0,00
122005	Verkehrsangelegenheiten	98.700,00	0,00	98.700,00
126001	Gefahrenabwehr	7.873.900,00	7.804.700,00	69.200,00
127001	Rettungsdienst	1.345.800,00	1.840.400,00	-494.600,00
128001	Katastrophenschutz	512.000,00	512.000,00	0,00
Summe Produktbereich 1 - Zentrale Verwaltung		29.157.784,54	28.332.705,70	825.078,84
211001	Grundschulen	1.084.351,00	1.987.164,00	-902.813,00
216101	Grund- u. Regionalschulen	981.153,00	981.153,00	0,00
217001	Gymnasien	975.560,60	1.033.461,00	-57.900,40
218201	Gemeinschaftsschulen	915.537,00	1.102.023,00	-186.486,00
221001	Förderzentren	156.048,00	178.465,00	-22.417,00
233001	Berufsschulen	1.921.494,00	2.204.886,00	-283.392,00
241001	Schülerbeförderung	0,00	14.127,00	-14.127,00
243001	Allgemeine Schulträgeraufgaben	0,00	45.696,61	-45.696,61
271001	VHS Lübeck	8.932,00	8.932,00	0,00
Produktbereich 2 - Schule und Kultur		6.043.075,60	7.555.907,61	-1.512.832,01
311001	Grundversorgung u. Hilfen SGB XII	9.000,00	9.000,00	0,00
362002	Jugendarbeit	38.657,00	38.657,00	0,00
365001	Planung und Bezuschussung Kindertagesbetreuung	112.000,00	112.000,00	0,00
365002	Betreuung in Kindertageseinrichtungen	587.711,88	855.032,88	-267.321,00
Produktbereich 3 - Soziales und Jugend		747.368,88	1.014.689,88	-267.321,00
424001	Sportstätten	870.153,00	872.325,00	-2.172,00
424003	Bark Passat/Passathafen	719.519,00	780.680,00	-61.161,00
Produktbereich 4 - Gesundheit und Sport		1.589.672,00	1.653.005,00	-63.333,00
511003	Stadtplanung und -entwicklung	7.018.720,46	7.018.720,46	0,00
521001	Baulicher Brandschutz	10.000,00	10.000,00	0,00
521002	Bauaufsicht	629,36	629,36	0,00
523001	Archäologie und Denkmalpflege	68.422,00	68.422,00	0,00
538001	EBL (Abwasserbeseitigung)	75.700,00	75.700,00	0,00
541001	Gemeindestraßen	7.061.893,96	10.489.799,00	-3.427.905,04
542001	Kreisstraßen	4.271.009,00	5.202.569,00	-931.560,00
543001	Landesstraßen	21.430,00	56.881,00	-35.451,00
544001	Bundesstraßen	8.860.997,21	12.428.997,21	-3.568.000,00
547001	Aufgabenträgerschaft ÖPNV	317.008,63	317.008,63	0,00
548001	Bewirtschaftung Flughafen	0,00	1.500.000,00	-1.500.000,00
551001	Grün- und Landschaftsbau	1.619.132,00	1.646.102,00	-26.970,00
552001	Wasser und Hafen	21.344.218,86	27.422.111,36	-6.077.892,50
553001	Friedhofs- und Bestattungswesen	147.500,00	147.500,00	0,00
554001	Naturschutz und Landschaftspflege	2.800,00	2.800,00	0,00
555001	Land- und Forstwirtschaft	0,00	172.675,00	-172.675,00
561001	Umweltschutzmaßnahmen	800,00	800,00	0,00
573002	Wochen- und Jahrmärkte	0,00	215.000,00	-215.000,00
573003	Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH	203.476,00	253.676,00	-50.200,00
Produktbereich 5 - Bauen und Wohnen		51.023.737,48	67.029.391,02	-16.005.653,54
612003	Grundstücksan- und -verkäufe	5.180.097,00	5.150.000,00	30.097,00
Produktbereich 6 - Allgemeine Finanzleistungen		5.180.097,00	5.150.000,00	30.097,00
Summe Produktbereiche 1 - 6		93.741.735,50	110.735.699,21	-17.024.060,71



Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände, Gesellschaften, Kommunalunternehmen, andere Anstalten sowie Wasser- und Bodenverbände



Ifd. Nr.	Name	Stammkapital in Währung	Währung	Anteil der HL am Stammkapital		Gewinnabführung (+) Verlustabdeckung (-) Umlagen (-)			Jahresergebnis	
				in T€TDM/ TDKK/Tp.	in %	2014 in T€	2015 in T€	2016 in T€	Jahr	in T€

I. Sondervermögen										
1	Kurbetrieb Travemünde	2.550	T€	2.550	100,00%	0	0	-342	2014	-1.213
2	SeniorInneneinrichtungen	3.210	T€	3.210	100,00%	-1.833	-1.907	-2.171	2014	-1.792
3	Entsorgungsbetriebe Lübeck	5.113	T€	5.113	100,00%	0	0	0	2013	5.281
4	Lübecker Schwimmbäder	1.500	T€	1.500	100,00%	-3.940	-3.940	-3.812	2014	-4.192

II. Zweckverbände										
1	Schulverband an der Stecknitz Berkenthin-Krummesse	---	---	---	---	-243	-236	-245		

III. Gesellschaften										
unmittelbare Beteiligungen										
1	BQL Berufsausbildungs- und Qualifizierungsagentur Lübeck GmbH	120,0	T€	60,0	50,00%	0	0	0	2014	74
2	Entsorgungszentrum Lübeck GmbH (EZL)	100,0	T€	100,0	100,00%	0	0	0	2014	154
3	FLG Service GmbH i.L. (FLG SG)	30,0	T€	30,0	100,00%	0	0	0	2012	-1
4	Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH (GOES), Neumünster	300,0	T€	5,1	1,68%	0	0	0		
5	Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH (GGM)	50,0	TDM	50,0	100,00%	-380	-380	-380	2014	77
6	Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH (GG TRAVE)	10.736,4	T€	9.931,1	92,50%	472	472	472	2014	2.939
7	Hamburg Marketing GmbH	100,0	T€	0,5	0,50%	0	0	0		
8	KWL GmbH	2.045,2	T€	2.045,2	100,00%	0	0	2	2014	15
9	Lübeck und Travemünde Marketing GmbH (LTM)	100,0	T€	90,0	90,00%	-1.810	-1.810	-1.810	2014	-1.803
10	Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH (LHG)	5.420,0	T€	3.387,5	62,50%	0	0	2	2014	-1.330
11	Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH (LMuK)	51,2	T€	46,1	90,00%	-496	-605	-1.378	2014	-473
12	Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH (NAH.SH GmbH)	51,0	TDM	1,7	3,33%	0	0	0		
13	Ostsee-Tourismus-Service GmbH (OTS)	25,2	T€	1,4	5,56%	0	0	0		
14	SANA Kliniken Lübeck GmbH	25,0	T€	1,3	5,20%	0	0	0		
15	Stadtwerke Lübeck Holding GmbH (SWL-H)	45.000,0	T€	45.000,0	100,00%	0	0	0	2014	549
16	Theater Lübeck gGmbH (LTG)	26,0	T€	16,3	62,50%	-16.927 ¹	-17.977 ¹	-18.529 ¹	2014	-534
mittelbare Beteiligungen										
17	Baltic Rail Gate GmbH (BRG)	100,0	T€	31,3	31,25%	0	0	0		
18	DONG Energy Nysted A/S	100.000,0	TDKK	10.860,5	10,86%	0	0	0		
19	European Cargo Logistics GmbH (ECL)	25,0	T€	15,6	62,50%	0	0	0	2014	0 ³
20	Fachhochschule Lübeck Projekt-GmbH	75,4	T€	3,3	4,31%	0	0	0		
21	Gesellschaft mit beschränkter Haftung <<European Cargo Logistics Rus>>	750,0	Tp.	464,1	61,88%	0	0	0		
22	Hochschulstadtteil-Entwicklungsgesellschaft mbH (HEG)	51,2	T€	51,2	100,00%	0	0	0	2014	0 ³
23	Items GmbH, Münster/Westf.	1.237,3	T€	238,3	19,26%	0	0	0		
24	LHG Service-Gesellschaft mbH (LHG-SG)	51,0	TDM	31,9	62,50%	0	0	0	2014	0 ³
25	Lübeck Distribution GmbH (LDG)	50,0	TDM	15,6	31,25%	0	0	0		
26	Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft mbH (LVG)	154,0	T€	77,2	50,10%	0	0	0	2014	0 ³
27	Nahverkehr Schleswig Holstein GmbH (ehem. ZAST - Zentrale Abrechnungsstelle Schleswig-Holstein-Tarif)	43,2	T€	6,2	14,30%	0	0	0		
28	Netz Lübeck GmbH (ehem. Stadtwerke Lübeck Netz GmbH)	100,0	T€	74,9	74,90%	0	0	0	2014	0 ³
29	Nordic Rail Service GmbH (NRS)	25,0	T€	15,6	62,50%	0	0	0	2014	0 ³
30	Regionalnetz Ostholstein Süd GmbH & Co. KG	25,0	T€	25,0	100,00%	0	0	0	2014	0 ³
31	Skandic Service GmbH (SSG)	25,0	T€	15,6	62,50%	0	0	0	2014	0 ³
32	Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG	6.622,6	T€	2.182,5	32,96%	0	0	0		
33	Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG	1,0	T€	0,3	30,00%	0	0	0		
34	Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG	1,0	T€	0,3	30,00%	0	0	0		
35	Stadtverkehr Lübeck GmbH (SL)	10.000,0	T€	5.010,0	50,10%	0	0	0	2014	0 ³
36	Stadtwerke Lübeck GmbH (SWL)	48.753,0	T€	36.516,0	74,90%	0	0	0	2014	0 ³
37	Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	25,0	T€	9,4	37,45%	0	0	0		
38	Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH	25,0	T€	9,4	37,45%					
39	TraveKom Telekommunikationsgesellschaft mbH	1.300,0	TDM	973,7	74,90%	0	0	0	2014	0 ³
40	Trianel GmbH, Aachen	18.146,0	T€	941,8	5,19%	0	0	0		
41	Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG	18.750,0	T€	294,9	1,57%	0	0	0		
42	Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG									
43	Windpark Beltheim II GmbH Co. KG	2,5	T€	0,8	30,00%	0	0	0		
44	Windpark Stockelsdorf GmbH	25,0	T€	9,4	37,45%	0	0	0		
45	Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH (Wifo)	26,0	T€	18,2	70,00%	-415	-415	-427	2014	0 ³

IV. Kommunalunternehmen nach § 106 a GO										
keine										

V. gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b GkZ										
1	IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR	76,8	T€	2,5	3,26%	0	0	0		

VI. andere Anstalten die von der Gemeinde getragen werden mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Sparkassen										
keine										

der HL ggü. nicht berichtspflichtig

¹ inkl. Landeszuweisung

² Wirtschaftsplan/Jahresabschluss liegt noch nicht endgültig vor

³ nach Ergebnisabführung an die jeweilige Muttergesellschaft





Weitere Anlage zum Anhang:

Übersicht über die Bürgschaften



**Übersicht über die übernommenen Bürgschaften,
Verpflichtungen aus Gewährverträgen sowie Rechtsgeschäften,
die diesen wirtschaftlich gleichkommen**

		Datum der Über- nahme	Zweck	Ursprungs- höhe in TEUR	voraussichtliche Höhe zu Beginn des Haushaltsjahres 2017 in TEUR	voraussichtliches Datum des Auslaufens der Bürgschaft
1		2	3	4	5	6
I. Bürgschaften						
1	GG Metallhüttengelände mbH	30.01.03	Metallhüttengelände	13.000	4.000	2022
2	Koordinier.Wirtsch.Lüb.GmbH (KWL)	21.12.93	Parkhaus Falkenstr.	6.647	1.168	2020
3	Lüb.Hafengesellschaft mbH	29.08.00	Investitionen	9.050	3.996	2023
4	Lüb.Hafengesellschaft mbH	19.01.98	Investitionen	5.691	1.819	2021
5	Lüb.Hafengesellschaft mbH	27.01.98	Investitionen	10.226	3.340	2022
6	Lüb.Hafengesellschaft mbH	29.08.00	Investitionen	5.113	2.258	2023
7	Lüb.Hafengesellschaft mbH	15.12.95	Investitionen	7.669	2.183	2022
8	Lüb.Hafengesellschaft mbH	23.10.00	KV-Terminal	11.818	3.546	2023
9	Lüb.Hafengesellschaft mbH	23.10.00	KV-Terminal	2.955	886	2023
10	Grundstücksgesellschaft Trave mbH	05.07.84	Wohnungen	92	55	2066
11	Grundstücksgesellschaft Trave mbH	02.10.92	Kita	1.235	434	2020
12	Grundstücksgesellschaft Trave mbH	13.02.95	Kita	194	97	2021
13	Stadtwerke Lübeck GmbH	02.01.01	Investitionen	2.341	436	2019
14	Stadtwerke Lübeck GmbH	02.01.01	Investitionen	2.341	536	2019
15	Stadtwerke Lübeck GmbH	14.03.01	Investitionen	2.045	531	2020
16	Stadtwerke Lübeck GmbH	16.10.01	Investitionen	6.136	0	2016
17	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.246	1.158	2025
18	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.250	1.051	2026
19	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.375	1.177	2028
20	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	1.870	136	2017
21	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	1.421	51	2017
22	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.474	1.331	2030
23	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	4.783	1.328	2021
24	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.422	1.054	2024
25	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	10.630	4.786	2023
26	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.236	0	2016
27	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.443	0	2016
28	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.422	993	2023
29	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.422	1.055	2024
30	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	4.901	2.328	2025
31	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.422	799	2023
32	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.474	1.322	2031
33	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.392	690	2022
34	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	2.439	0	2016
35	Stadtwerke Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	3.039	927	2022
36	Stadtverkehr Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	4.901	2.328	2025
37	Stadtverkehr Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	4.955	2.195	2024
38	Stadtverkehr Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	1.403	609	2023
39	Stadtverkehr Lübeck GmbH	20.02.01	Investitionen	9.930	2.289	2019
40	Stadtwerke Lübeck GmbH (Holding)	29.03.01	Investitionen	1.561	448	2021
41	Stiftung Vereinigte Testamente	06.10.93	Altenheim + Wohn.	1.892	459	2021
42	Stiftung Vereinigte Testamente	27.01.94	Altenwohnungen	2.120	1.627	2078
43	Stiftung Vereinigte Testamente	30.04.98	Altenheim	1.436	918	2031
44	Stiftung Vereinigte Testamente	08.01.98	Altenheim	869	512	2028
45	Stiftung Vereinigte Testamente	02.06.99	Altenheim	1.057	774	2038
46	Stiftung Lübecker Wohnstifte	10.04.97	Altenheim	1.324	556	2027
47	Stiftung Lübecker Wohnstifte	07.05.97	Altenheim	1.064	210	2020
48	Stiftung Lübecker Wohnstifte	20.11.97	Altenheim	115	63	2027
49	Stiftung Lübecker Wohnstifte	30.04.98	Altenheim	494	316	2031
50	Kulturstiftung	17.11.99	Buddenbrookhaus	128	29	2019
51	Kulturstiftung	19.04.00	Buddenbrookhaus	128	25	2020
52	Kulturstiftung	02.08.00	Buddenbrookhaus	614	172	2019
53	Kulturstiftung	21.05.02	Buddenbrookhaus	332	95	2022
54	Lübecker Bauverein e.G.	06.09.94	Kinderheim Idun	818	339	2024
55	Babygruppe Lübeck e. V.	09.02.93	Kita	252	22	2017
56	Kleine Strolche e. V.	30.12.92	Kita	230	10	2017
57	Franz Schmitt	07.08.92	Kita	332	19	2018

		Datum der Über- nahme	Zweck	Ursprungs- höhe in TEUR	voraussichtliche Höhe zu Beginn des Haushaltsjahres 2017 in TEUR	voraussichtliches Datum des Auslaufens der Bürgschaft
58	Franz Schmitt	08.07.93	Kita	332	32	2018
59	Verein Waldorfpädagogik e. V.	13.09.93	Festsaal	1.534	1.135	2032
60	Kinderförderv. "Unter der Kastanie"	30.05.96	Kita	374	0	2016
61	Kinderförderv. "Unter der Kastanie"	29.10.96	Kita	205	0	2016
62	Beruf und Kind gGmbH	05.09.96	Kita	205	0	2016
63	Beruf und Kind gGmbH	25.07.97	Kita	1.043	550	2031
64	Deutsches Jugendherbergswerk e.V.	24.02.97	Jugendherberge	693	103	2019
65	Sportclub Buntekuh e. V.	29.07.99	Sport- u. Jugendheim	107	65	2028
66	Netzwerk Selbsthilfe e. V.	22.12.99	Sozial gepr. Wohng.	225	191	2085
	Summe:			184.888	61.565	
II. Verpflichtungen						
1	GG Metallhüttengelände mbH	27.10.00	harte Patronatserklärung	12.312	0	
2	Koordinier. Wirtsch. Lüb. GmbH	06.10.00	weiche Patronatserklärung	ohne	6.460	
	Summe:			12.312	6.460	